Donnerstag, den 25. Januar 1923. 95. Jahrgang. — Nr. 21.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 1200.— Mk., (im voraus zahlbar) frei Haus, durch die Post bezogen monatlich 1.00.— Mk. ohne Bestellgeld. — Erscheint an allen Werktagen morgens. Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Kostenlose Unfall-Unterstützung von 2000 Mark gemäß unseren Bedingungen.

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Verlag: Märkischer Sprecher, G. m. b. H., Bochum. Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125.
Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695. Schriftleitung: Buddenbergstr. 4, Fernsprecher 3875.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbez. 16.— Mk., Familienanzeigen 12.— Mk., Stellengesuche 12.— Mk., Finanzanzeigen 18.— Mk. außerhalb 24 u. 25.— Mk., für 1 mm Höhe u. 33 mm Spaltenbreite im Reklameteil, 77 mm breit für 1 mm 85.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsw. Betreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr.

Der Kriegsgerichtsprozeß in Mainz.

Verurteilung der Industriellen zu Geldstrafen.

W. **Mainz** 24. Jan. **Sitzung des Kriegsgerichts**, vormittags 9 Uhr. — Der Gerichtshof, dessen Vorsitzender Oberleutnant Depangny ist, setzt sich außerdem noch aus einem Major vom 510. Tankregiment, einem Kapitän vom 81. Artillerie-Regiment und einem Leutnant vom 30. Train-Regiment zusammen. Anklagevertreter ist Militärstaatsanwalt Badin. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Grimm-Essen, Dr. Neumann-Mainz und Rechtsanwalt Leclerc-Nancy.

Kurz nach 9 Uhr erscheint der Gerichtshof in dem Saale, der die französische Wache, die Zuschauerraum und Presse vom Gerichtshof trennt, präsentiert. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er warnt vor jeder Kundgebung, die zur sofortigen Räumung des Saales führen würden. Demonstranten würden außerdem verhaftet und vor das Kriegsgericht gestellt werden. Schweigen herrscht in dem Saale, als die Angeklagten unter militärischer Bedeckung erscheinen. Erhobenen Hauptes nehmen sie auf der Anklagebank Platz. Mit fester Stimme geben sie Antwort auf die Frage nach ihren persönlichen Verhältnissen. Bergassessor Otto verbessert den schlechtübersetzenden Dolmetscher. Nachdem die von der Verteidigung geladenen Zeugen, darunter Dr. Wegner von den Essener Steinkohlenbergwerken und Dr. Lübsen vom Rh.-Westf. Kohlensyndikat, den Saal verlassen haben, plaidiert Dr. Grimm auf die Unzuständigkeit des Gerichts aus den bekannten formell-juristischen Gründen. Demgegenüber ist der Militärstaatsanwalt Badin der Ansicht, daß das Militärgericht zuständig sei. Als Grundlage der Zuständigkeit sieht er den Vertrag von Versailles an; speziell den Teil, der über die absichtlichen Verfehlungen Deutschlands sich ausspricht. Er ist der Ansicht, daß dadurch internationales Recht geschaffen sei, zu dessen Durchführung die Okkupationsmächte Polizeimaßnahmen ergriffen hätten. Es handle sich daher nicht, wie die Verteidigung annehme, um eine Okkupation de fait, sondern um eine Okkupation de droit. Daraus gehe hervor, daß die Anordnungen der Okkupationsmächte als legitim, die entgegenstehenden Anordnungen der deutschen Regierung dagegen als unter Bruch des internationalen Rechts erfolgt und deshalb illegitim seien. Der Gerichtshof zieht sich um 9½ Uhr zur Beratung zurück.

Nach einer Beratung, die genau acht Minuten dauerte, erscheint der Gerichtshof wieder und erklärt sich als zuständig. Angesichts der durch die Reparationskommission festgestellten absichtlichen Verfehlungen Deutschlands, die den respektiven Regierungen völlig freie Hand zur Ergreifung jeglicher Maßnahmen Deutschland gegenüber geben, sei nach dem Völkerrecht die Besetzung des Ruhrgebietes eine legitime, die Anordnungen der Besatzungsbehörden also gleichfalls legitim. Für Uebertretungen solcher Anordnungen sei also das Kriegsgericht zuständig.

Es finde darauf ein

Verhör der einzelnen Angeklagten

statt.

Die Angeklagten gaben eine Schilderung der bekannten Vorgänge. Alle betonten ihre unentwegte Entschlossenheit, von niemandem Weisungen anzunehmen und zu befolgen, die den Interessen ihres Vaterlandes zuwiderlaufen. Wir werden der deutschen Regierung die Treue wahren. Wir handeln nie und nimmermehr gegen die Interessen unseres Vaterlandes. Nichts in der Welt kann uns veranlassen, gegen unser Land zu handeln.

Das sind die Worte, die immer wieder ertönen und die trotz der starrenden Bajonette vom Zuschauerraum mit Beifall begrüßt werden.

Auf Wunsch der Verteidigung wurden dann verschiedene Zeugen vernommen, die insbesondere gefragt wurden, ob Anweisungen bestanden hätten, die Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien gegen die zugesicherte Bezahlung wieder aufzunehmen, das aber sämtliche Lieferungen sofort eingestellt worden seien, als das Verbot des Reichskohlenkommissars erging. Die Deutschen bestätigten dies.

Als der Sohn des angeklagten Generaldirektors Wüstenhöfer vernommen wurde, erzählte er im Anschluß an seine Zeugenaussagen, daß er sich an Stelle seines alten Vaters dem Gerichtshof zur Verfügung stelle. Er bitte, ihn an Stelle seines Vaters festzusetzen.

Direktor Dr. Späing von den Thyssenwerken ließ sich des längeren über die Rechtslage aus. Er sei von seinem Direktor Fritz Thyssen zur Erstattung eines juristischen Gutachtens aufgefordert worden, das auch seinerzeit der Ingenieurkommission unterbreitet worden sei. Ich habe, erklärte Dr. Späing, sofort darauf aufmerksam gemacht, daß es sehr schwer für einen Juristen ist, ein solches Gutachten zu erstatten, weil es bisher noch nicht vorgekommen sei, daß ein Heer mitten im Frieden in ein anderes Land eingedrungen ist. Der Vorsitzende griff hier ein und verbittet den Deutschen derartige Ausführungen.

Darauf ergriff Militärstaatsanwalt Badin das Wort zu seiner Anklagerede. Er vertritt die Ansicht, daß die Besetzung des Ruhrgebietes durch die französische Regierung durch den Versailler Friedensvertrag gerechtfertigt wäre, besonders durch die Bestimmungen, die im Falle einer absichtlichen Verfehlung Deutschlands der respektiven Regierungen die Möglichkeit und das Recht zu jedem von ihnen gewünschten isolierten Vorgehen geben.

Der Militärstaatsanwalt wies nach längeren Ausführungen über die rechtliche Lage darauf hin, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Geldstrafe möglich sei, und daß eine solche Geldstrafe nach seiner Ansicht sowohl dem Recht Frankreichs auf Bestrafung wie auch der besonderen Lage der Angeklagten wohl entsprechen würde.

Auf Antrag der Verteidigung wurde darauf um 11,10 Uhr die Sitzung auf 2½ Uhr nachmittags vertagt.

Rechtsanwalt Dr. Grimm-Essen

zerpflückt in einer großangelegten Rede die Argumente des Militärstaatsanwalts mit unbarmherziger Schärfe. Er wies nach, daß die Artikel 63 und 267 des Militärstrafgesetzbuches, wie ausdrücklich im Gesetz stehe, nur auf feindlichem Gebiet anwendbar seien. **Einen Feind gebe es aber nur, wenn Kriegszustand besteht, was im vorliegenden Falle wohl niemand behaupten könne.** Außerdem stellten die angezogenen Paragraphen nur rein militärische Delikte unter Strafe, wie Spionage, Desertion und dergleichen, seien also nur auf militärische Personen anwendbar.

Die Verordnung des Generals Degoutte

sei vom Standpunkte des Rechts der deutschen Bevölkerung gegenüber bedeutungslos und überhaupt als nicht erlassen zu betrachten, da diese Verordnung an die Souveränität Deutschlands rühre. Dem Kommandierenden General einer Besatzungsarmee stehe aber unter gar keinen Umständen gesetzgeberische Gewalt gegenüber der Bevölkerung des besetzten Gebietes zu. Selbst wenn man hier das Analogieverfahren des Rheinlandsabkommens zur Anwendung bringen sollte, so stehe nur der interalliierten Rheinlandskommission in ihrer Gesamtheit die Ausgabe des Erlasses von Ordonnanzen zu, und diese Ordonnanzen dürften sich nur beziehen auf Maßnahmen, die notwendig seien zur Sicherung der militärischen Bedürfnisse der Besatzungsarmee, **nicht aber zur Sicherstellung von Reparationsleistungen.** Aber selbst wenn man die Gesetzmäßigkeit der Verordnung des Generals Degoutte voraussetze, so liege in den Handlungen der Angeklagten kein Akt, der nach den Ordonnanzen der Rheinlandskommission strafbar sei, denn sie hätten weder die öffentliche Ordnung gefährdet, noch gehörten sie dem öffentlichen Dienst an, noch auch hätten sie irgendwelche Sabotageakte begangen. Die Anklage entbehre jeder Begründung. Keine Entscheidung der angezogenen Gesetze würde eine Bestrafung rechtfertigen. Darüber hinaus sei logarein formell

keinerlei Grundlage für die Erhebung der Anklage

vorhanden. Eine solche Anklage setze

1. eine Okkupation Deutschlands,
2. einen gesetzmäßig gegebenen Befehl und
3. eine Verordnung zur Sicherung der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Lebens voraus.

Der § 1 der Verordnung des Generals Degoutte bestätige ausdrücklich, daß

die deutschen Gesetze in Kraft bleiben

und machen eine Ausnahme nur für die sämtlichen deutschen Behörden, denen die Weiterarbeit und die Befolgung der Befehle des Oberbefehlshabers vorgeschrieben wird. Hier aber handle es sich um Privatleute. **Die angeführten Artikel der Haager Konvention stellen ausdrücklich den Grundsatz auf, daß niemand gezwungen werden kann, gegen sein eigenes Land zu handeln.** Man habe Deutschland angesichts seiner Unfähigkeit, die schweren Lasten des Vertrages von Versailles zu erfüllen, oft Vorwürfe gemacht, es hätte etwas unterzeichnet, was es hätte nicht so unterzeichnen dürfen. Schön, sie sollen Recht haben, aber dann ist es auch das Recht,

von Frankreich das Respektieren seiner Unterschrift zu verlangen.

Er wolle keinen Vergleich zwischen den beiden Unterschriften anstellen. Unterschrift sei Unterschrift und Wort sei Wort; aber er wolle doch auf etwas hinweisen, nämlich, daß die Unterschrift Frankreichs unter die Haager Konferenz in voller Freiheit abgegeben sei, mitten im Frieden und in vollem Bewußtsein der Verpflichtungen, die sich daraus ergeben würden. Man solle nicht einwenden, die Haager Konferenz sei oft verletzt worden, er wolle das nicht bestreiten. Aber wenn auch Gesetze sehr oft verletzt würden, blieben sie immer Gesetze, und ein begangener Fehler könne für niemanden anders als Rechtfertigung oder Entschuldigung dafür dienen, seinerseits einen Fehler zu machen. Gerade die den Gerichtshof zusammensetzenden Offiziere würden besser als irgend jemand anders den Umstand zu würdigen wissen, daß einem gegebenen Befehl gehorcht werden müsse. Dr. Grimm wies sodann auf die deutschen gesetzlichen Bestimmungen hin, aus denen hervorgehe, daß der Reichskohlenkommissar gesetzliches Recht habe, die Verfügungen über die Brennstoffverteilung zu treffen. **Diese Herren hier haben getan, was alle andern Industriellen des Ruhrbezirks gleichfalls getan haben und was die öffentliche Meinung in Deutschland in einmütiger Geschlossenheit von ihnen verlangte. Warum hat man sie allein ausgewählt?**

Ein alter rechtspsychologischer Schriftsteller Ahrens hat einmal folgende schöne Worte ausgesprochen: Die Würde ist der absolute Wertmesser der menschlichen Persönlichkeit, und die Ehre ist der Ausdruck der Würde. Sie sind Offiziere. In diesem Augenblick sind die Augen der ganzen Welt auf diesen Saal gerichtet, was werden Sie tun? Werden Sie die Haltung der Herren achten, die nicht die ersten besten sind, sondern Persönlichkeiten ersten Ranges, Persönlichkeiten, die den Stolz unseres Landes bilden, nobles oblige, diese Herren hier (auf die Angeklagten deutend), die durch ihre Vorbildung, durch ihre Arbeit und ihre Erfolge eine ganz besondere Stellung in Deutschland haben? Sie können keine Verräter sein und werden niemals Verräter sein. Sie sind sich selber diese Haltung schuldig, diese heroische Haltung, und nimmermehr werden sie ihrem Lande eine Enttäuschung bereiten, das werden sie stets ablehnen, wie es jeder anständige Mensch an ihrer Stelle gleichfalls abgelehnt hätte, treu ihrem Gewissen, ihrer Erziehung und ihren Grundsätzen, von denen sie sich immer haben leiten lassen. Sie werden, meine ich, Ihnen sagen: Hier stehen wir, wir können nicht anders handeln, Bestrafen Sie uns, wenn Sie glauben, uns verurteilen zu können, aber unser Widerstand wird weiter bestehen, er wird immer und immer unerschüttert weiter bestehen bleiben.

Nachdem Rechtsanwalt Dr. Grimm seine Ausführungen in wirksamer Weise damit geschlossen hatte, daß er erklärte, er appelliere nicht an mildernde Umstände, er wolle keine Gnade für die Angeklagten, sondern wolle ganzen Freispruch, nahmen auch die übrigen Vertreter Justizrat Friedemann-Essen, Justizrat Wallach-Essen, Dr. Neumann-Mainz und Leclerc-Nancy das Wort. Sie alle kamen nach längeren juristischen Ausführungen, welche die einzelnen Punkte von Dr. Grimm noch ergänzten und unterstrichen, zu dem Schluß, daß unerngeschränkter Freispruch der Angeklagten stattfinden müsse.

Leclerc-Nancy,

der seine Ausführungen mit echt französischer Lebhaftigkeit vortrug, betonte, daß er sich bei der Uebernahme der Verteidigung in einem Gewissenskonflikt befunden, sich jedoch zur Uebernahme entschlossen habe. Er betonte das Recht Frankreichs, bei absichtlichen Verfehlungen Deutschland gegenüber so zu handeln, wie es jetzt im Ruhrgebiet gehandelt habe. Er plädiere aber doch auf Freispruch. Die Angeklagten hätten zweifellos unter einem moralischen Zwang gehandelt, der sie straffrei mache.

Dr. Grimm betonte demgegenüber die deutsche These, daß der Einmarsch in das Ruhrgebiet rechtswidrig sei, eine These, die nicht nur er und die Angeklagten, sowie nicht nur die Bewohner des Ruhrgebiets, sondern auch das ganze deutsche Volk sich zu eigen gemacht habe.

Auch

Fritz Thyssen

betonte noch, daß er sich diesen Worten voll anschließe und mit der Auffassung der französischen These, wie sie Leclerc hier vertreten habe, nicht das mindeste zu tun habe.

Während der Verhandlung war der Vater von Fritz Thyssen, Herr August Thyssen, auf der Tribüne als Zuschauer erschienen und zog eine zeitlang die Aufmerksamkeit des dichtgefüllten Zuschauerraums auf sich.

Kurz nach 5 Uhr, als die Verteidiger ihre Plaidoyers beendet hatten, trat eine kurze Pause in den Beratungen ein.

Das Urteil.

w. **Mainz**, 24. Jan. **Im Prozeß gegen die Zechenvertreter hat das französische Kriegsgericht die Hauptschuldfrage verneint und die Nebenfrage auf Verstoß gegen einen Requisitionsbefehl bejaht.**

Die Angeklagten erhielten Geldstrafen.

Fritz Thyssen wurde zu 500 000 Francs,
Olfe zu 224 066,
Spindler zu 47 752,
Kesten zu 15 652,
Wüstenhöfer zu 8640 und
Tengelmann zu 6080 Francs verurteilt.

Von deutscher Seite wurde Einspruch gegen das Urteil erhoben.

Neue französische Bluttat.

Aus Kirchende wird eine Bluttat französischen Militärs gemeldet. Ein Arbeiter der Demag-Werke wurde beim Verlassen eines Gasthauses von einem französischen Soldaten angehalten und zum Heimgehen aufgefordert. Französische Soldaten folgten ihm und gaben, als der Arbeiter auf einen nicht verstandenen Anruf nicht stehen blieb, zwei Schüsse auf ihn ab. Der Arbeiter erhielt einen Bauchschuß.

Die amtliche Feststellung zur Bluttat in Langendreer.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, hat mittlerweile der Bürgermeister von Langendreer einen genauen Bericht aufgesetzt, wie sich der Mord an dem Krankenpfleger in Langendreer zugetragen hat. Dieser Bericht bestätigt die Schilderung der deutschen Note und die durch einen Zeugen eidlich erhärtete Aussage. Der ermordete Krankenpfleger ist von einem französischen Gendarmeriedetachement unter Assistenz eines deutschen Polizisten untersucht worden. Bei der Untersuchung wurde festgestellt, daß der Krankenpfleger nicht im Besitze einer einzigen Waffe war, die auf Angriffsabsichten hätte schließen können. Der französische Oberst erklärte bei seinem Beileidsbesuch dem deutschen Bürgermeister, daß der Krankenpfleger zweimal versucht habe, ihn zu sprechen. Er sei von dem Posten zurückgewiesen worden und beim dritten Mal habe der Posten geglaubt, von dem Krankenpfleger angegriffen und an der Seite gestoßen zu werden, und habe dann geschossen. Genaue Feststellungen ergaben, daß die Soldaten, zu denen der Posten gehörte, erst seit kurzer Zeit eingezogen sind und in ihren Instruktionen noch unsicher waren. Das Regiment, dem der Posten angehörte, ist mittlerweile abgerückt.

Unterstützungsaktion für die Ruhrbevölkerung.

TU. Dienstag nachmittag fand im Sitzungssaal der Börse in Frankfurt a. M. eine Besprechung von Vertretern des Handels, der Industrie, Handwerk und Gewerbe, der Beamten, Angestellten und Arbeiter, kurz aller werktätigen Bevölkerung statt, in der beschlossen wurde, eine große Unterstützungsaktion zugunsten der Ruhrbevölkerung einzuleiten. Eine große Anzahl wirtschaftlicher Verbände wird sich in diesem Sinne an die Bevölkerung wenden. Es konnten bereits größere Beträge zur Verfügung gestellt werden.

*

Die in Leipzig versammelten Vorstände des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, des deutschen Verlegervereins und der deutschen Buchhändlergilde haben eine Entschließung gefaßt, ihren Mitgliedern zu empfehlen, keine in Frankreich und Belgien hergestellten Druckschriften zu vertreiben und alles zu unterlassen, was die chauvinistischen Bestrebungen Frankreichs fördern könne. Um die Not der Bevölkerung des besetzten Gebietes zu lindern, hat der deutsche Buchhandel eine Sammlung beschlossen, für welche der Börsenverein der deutschen Buchhändler 2 Millionen zeichnete.

Die nationalen Arbeiter gegen die Fremdherrschaft.

Jetzt hat auch die nationale Arbeiterschaft in energischen Abwehrkundgebungen gegen die Fremdherrschaft im Ruhrkohlengebiet Stellung genommen. Der Berufsverband nationaler Bergarbeiter protestierte in einer erlassenen Kundgebung folgenden Inhalts gegen die Maßnahmen der Besatzungsbehörde:

Wir erheben Einspruch gegen die Verhaftung der hervorragendsten Führer der deutschen Industrie und des Berghaues. Wir fühlen uns einig mit allen Volksgenossen und fordern die sofortige Freilassung der Verhafteten und Genugtuung. Jeder Versuch, einen Keil zu treiben zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer des neubesetzten Gebietes wird an der geschlossenen Solidarität scheitern. Wir fühlen uns einig in dem Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu kämpfen und sind bis zum Aeußersten entschlossen, nur von einem Willen beseelt, auszuhalten, bis die Freiheit wieder errungen ist.

Die Dortmunder Banken wieder in Betrieb.

Nachdem die französischen Wachen und der Posten beim Reichsbankgebäude zurückgezogen worden sind, haben heute sowohl dieses Institut als alle übrigen Privatbanken Dortmunds den Betrieb wieder aufgenommen.

Die Stimmung in Frankreich, England und Italien.

Eingeständnis langandauernder Schwierigkeiten

TU. Sämtliche Pariser Morgenblätter enthalten Informationen, die augenscheinlich aus gemeinsamer militärischer Quelle in Düsseldorf herrühren. Zum ersten Male wird das französische Publikum darauf vorbereitet, daß die nun 14tägige Besetzung des Ruhrgebietes noch keinerlei Ergebnisse hatte. Die Zeitungen sprechen von einem Stillstand der Ruhrkrise, die vor wenigstens 3 Wochen nicht beendet sein werde. Die Einsetzung eines Oberkommissars mit zivilen und militärischen Vollmachten wird nötig sein, da die Besetzung des Ruhrgebietes wahrscheinlich ebenso lange dauern werde als das Deutschland zu gewährende Moratorium, also 2 Jahre. Als Oberkommissar dürfte General Weigand in Aussicht genommen sein. Eine sehr schwierige Arbeit würde die Sicherung der Eisenbahnen sein, da die deutschen Eisenbahner schlechten Willens seien.

Die englische Neutralität nicht mehr aufrechtzuerhalten?

TU. Die Ereignisse, die in der letzten Zeit in der von den Engländern besetzten Zone eingetreten sind, haben die ernste Mißstimmung der englischen politischen Kreise noch vermehrt. Wenn es sich auch nur um kleinere Zwischenfälle handelt, so drohen diese doch, die englischen Politiker veranlassen zu wollen, die Frage der Zurückziehung der britischen Truppen vom Rhein akut werden zu lassen. Der französische Versuch, die Ruhraktion bis zur britischen Zone auszudehnen, stört sichtlich. Die englische Regierung hat hier gesagt, daß die Politik wohlwollender Neutralität nicht mehr länger aufrechterhalten werden kann.

Der Berichterstatter des Daily Telegraph will wissen, Bonar Law habe seine juristischen Berater um eine endgültige Erklärung über die Frage ersucht, ob die französische Besetzung des Ruhrgebietes innerhalb der Grenze des Versailler Friedensvertrages liege. Eine rein theoretische Untersuchung dürfe aber nicht als ein Wunsch Englands gedeutet werden, zugunsten Deutschlands zu intervenieren.

Italiens Bemühungen.

Im italienischen Ministerrat sprach gestern Mussolini über die Außenpolitik und die Lage im Ruhrgebiet. Er führte aus, die Politik Italiens müsse in diesem Augenblick besonders geleitet sein von der Wahrung italienischer Interessen, wobei man jedoch Erwägungen und Bedürfnisse allgemeinen Charakters berücksichtigen müsse. Man müsse sich fragen, ob eine bessere Beachtung der Bedingungen der in London vorgelegten italienischen Denkschrift die heutigen schweren Verwickelungen nicht hätte verhüten können. Die italienische Regierung sei gegenwärtig aufs Eifrigste damit beschäftigt, weitere größere Verwickelungen zu verhüten und den Zustand der Entspannung in ganz Europa in kürzester Frist wiederherzustellen, damit das Problem der Reparationen und Schulden in einer anderen Atmosphäre behandelt werden könne. Nach längerer Aussprache nahm der Ministerrat einstimmig und ohne Vorbehalt die Richtlinien Mussolinis an.

Der Verkehrsminister verbietet die Mitwirkung bei Errichtung der Zollinie.

Der Reichsverkehrsminister telegraphierte an die Reichseisenbahndirektionen: Nach mir gewordenen Meldungen der Direktion Frankfurt-Main soll von den Franzosen ab 22. Januar gegen das unbesetzte Deutschland die Zoll-Linie errichtet werden. Sämtliche Bedienstete sind darauf hinzuweisen, daß jede Mitwirkung des Eisenbahnpersonals bei der Zoll-Linie und der Durchführung der Verzollung verboten ist. Aenderungen des Fahrplanes infolge Zollrevisionen dürfen nur auf meine Anordnung erfolgen.

Einheitsfront zwischen Arbeiterschaft und Regierung.

Laut Vossischer Zeitung ist der preußische Minister des Innern Severing in diesen Tagen im Ruhrgebiet gewesen, um mit den Behörden und Gewerkschaften zu beraten. Das Ergebnis ist eine vollständige Einheitsfront zwischen der Arbeiterschaft und der Regierung und die Gewißheit, daß die Arbeiter fest bleiben, unter der Bedingung, daß ihre Lohnzahlungen und die Lebensmittelzufuhr geregelt wird. Hinsichtlich der Lohnzahlungen konnten beruhigende Versicherungen gegeben werden. Auch die Brot- und Kartoffelversorgung ist gesichert. Der Landwirtschaft werden aus dem Reiche Futtermittel und Stroh zur Verfügung gestellt werden, sodaß sie für die nötige Milchzufuhr nach den Städten bemüht sein wird. Auch der Reichsverkehrsminister Gröner hat sich nach Hamm begeben zur Beratung wichtiger verkehrstechnischer Fragen. Der Versand von Kohle nach Süddeutschland und Norddeutschland geht anhaltend gut vonstatten.

Die Einstellung der Reparationskohle an Frankreich und Belgien.

Im Reichsministerium für Wiederaufbau fand gestern eine Sitzung des Beirats für Reparationsfragen statt, in der die Frage der Reparatonssachlieferungen beraten wurde. Die Versammlung faßte einstimmig folgenden Entschluß:

Der Beirat billigt die Maßnahmen der Regierung in jeder Hinsicht und versichert, sie bei der Durchführung dieser Maßnahmen ihrer vollen Unterstützung zu.

Wie die verhafteten Industriellen behandelt werden.

Ueber die Unterbringung der Zechendirektoren und der übrigen Gefangenen im Militärgefängnis in Mainz erfahren die „Düsseldorfer Nachrichten" u. a. aus zuverlässiger Quelle folgende Einzelheiten: Fritz Thyssen, die übrigen Zechendirektoren, ferner Präsident Schlutius und Geheimrat Raiffeisen sind am vergangenen Sonntag abend um 6½ Uhr ins Militärgefängnis von Mainz eingeliefert worden. Im Büro des Gefängnisses sind ihnen die Barmittel, ihre Rasierapparate und der Paß abgenommen worden, wie man angab, zur Aufbewahrung. Jeder von ihnen wurde alsdann in eine Sträflingszelle geführt. Sie sind seitdem streng in Einzelhaft in den Zellen, ddie äußerst primitiv und sogar für deutsche Untersuchungsgefangene unwürdig sind, untergebracht. Es ist eine Bettstelle vorhanden mit Seegrasmatratze. Zum Zudecken sind dünne Decken da, die sehr an Sauberkeit zu wünschen übrig lassen. Außerdem steht in jeder Zelle ein Tischchen mit einem Schemel, dann eine Waschschüssel aus Blech und in der Ecke ein Dutzetteneimer, der als Klosettersatz dient. Unter solch unwürdigen Verhältnissen werden Leute, die im Interesse des Vaterlandes gehandelt haben, von der französischen Kulturnation behandelt.

Neue Verhaftungen.

TU. Auf dem Bahnhof Oberhausen sind außer dem Ober-Bahnhofsvorsteher Stephan auch diejenigen Beamten verhaftet worden, die sich geweigert haben, die belgischen Eisenbahntruppen über die Einrichtung der Stellwerke auf dem Bahnhof Oberhausen zu unterrichten. Durch weiteres Eingreifen der Besatzungstruppen ist die Telegrammannahme beim Telegraphenamt gestern abend 11 Uhr unterbunden worden, da der Haupteingang zur nächtlichen Telegrammannahme verschlossen gehalten wird. **Der Versuch, den Eisenbahnverkehr mit französischen Beamten und Soldaten durchzuführen, ist aussichtslos. Im ganzen Ruhrgebiet gibt es etwa 700 Bahnhöfe, darunter die größten der Welt. Die Gesamtzahl der Beamten und Arbeiter beträgt 100 000, während die Franzosen für den Dienst im Ruhrgebiet bisher nur 1800 Mann vorgesehen haben.**

Recklinghausen, 25 Jan. Gestern nachmittag gegen 6 Uhr wurde der hiesige Postdirektor Scherbaum vors Kriegsgericht geladen. Es wurde ihm zur Last gelegt: 1. daß er die Befehle der Besatzungsbehörde zur Herstellung von Leitungen in einem im Belagerungszustande befindlichen Gebiet nicht befolgt hat; 2. daß er militärische Fernsprechleitungen in einem im Belagerungszustand befindlichen Gebiet zerstört hat.

Von der Vernehmung ist Postdirektor Scherbaum nicht zurückgekehrt.

Heute vormittag traf beim Postamt folgendes Schreiben der Ortskommandantur Recklinghausen ein: Lassen Sie das Personal wissen, daß der Postdirektor von Recklinghausen prodisorisch in Freiheit gesetzt wird, wenn er den militärischen Dienst in normaler Weise wieder aufnimmt, anderenfalls wird er gefangen gehalten. Dieses Ankinnen wurde von dem gesamten Personal, das geschlossen hinter seinem Postdirektor steht, selbstverständlich entschieden abgelehnt. Es schweben Erwägungen, in welcher Weise die Freilassung des Postdirektors erzwungen werden kann.

Einrichtung eines Zollüberwachungskordons.

Der Sonderberichterstatter von Havas in Düsseldorf meldet die Ankunft von französischen Zollbeamten und die Einrichtung eines Zollüberwachungskordons, der bald fertiggestellt sein werde. Nach einer völligen Durchführung des französischen Planes würde man sämtliche Ausgänge des Ruhrgebietes in der Hand haben.

Neue Strafmaßnahmen der Franzosen.

TU. Die Bahnhöfe Sterkrade, Oberhausen, Meiderich-Süd sind noch nicht wieder in Betrieb, da die Belgier die Stellwerke und Diensträume immer noch besetzt halten. Ein Eisenbahnsekretär ist in Oberhausen von den Okkupationstruppen körperlich mißhandelt worden. Die Belgier verlangen, daß sie von den deutschen Eisenbahnbeamten ausgebildet werden. Der Eisenbahnoberinspektor in Oberhausen, Stephan, ist verhaftet worden. Die Verhandlungen über seine Freilassung schweben noch. Der Bahnhof Duisburg-Hauptbahnhof ist heute vormittag eine Stunde außer Betrieb gewesen, da die Franzosen sich im Telegraphenbüro festsetzen wollten. Die Schnellzüge, die bisher über Duisburg gingen, werden jetzt über Kettwig umgeleitet. Die sonstige Betriebslage ist den Umständen entsprechend immer noch normal. Die Erregung auf vielen Dienststellen bei der Eisenbahn ist sehr groß, doch ist die Stimmung ruhig und gefaßt.

Die Wagengestellung für gestern betrug 16 160 Wagen für Kohlen und 5328 für andere Güter, zusammen also 21 478. Gefehlt haben 2825 Wagen. Für heute sind angefordert 17 171 Wagen für Kohlen und 6208 Wagen für andere Güter. Der Bestand an leeren Wagen beträgt heute 21 619.

Die Ausweisung des Kölner Finanzamts-Präsidenten zurückgenommen.

TU. Auf Verlangen des englischen Oberkommandos ist der gegen den Präsidenten des Landesfinanzamtes in Köln Dr. Lanzenauer erlassene Ausweisungsbefehl von der Rheinlandkommission zurückgenommen worden.

Die Anweisung des Reichspostministers.

TU. Das Reichspostministerium hat, wie bekannt, am 20. Januar die untergeordneten Stellen angewiesen, den französischen Behörden und Anordnungen einen unfolgsamen Widerstand entgegenzusetzen. Diese Anordnung ist im einzelnen erweitert worden, und zwar sind die Postbehörden angewiesen, den Franzosen kein amtliches Material auszuliefern, in keinem Falle den Namen eines Beamten zu nennen, nicht zu dulden, daß eine Zensur ausgeübt wird, keine Fernsprechverbindungen herzustellen und keinen Telegraphenverkehr für die Franzosen einzurichten. Das Personal richtet sich strikte nach diesen Anweisungen. Der Telegraphendirektor Meier in Horst-Emscher hat der französischen Behörde die Telephone abnehmen lassen, ihm wurde darauf gedroht, daß er jetzt eingezogen und nach Frankreich gebracht werden würde. Er hätte eine Bestrafung von über zehn Jahren Gefängnis zu erwarten. Der Telegraphendirektor hat diese Drohung dem Ministerium mitgeteilt, der Minister hat darauf nochmals betont, daß seinen Weisungen Folge zu leisten ist.

Eine Abwehrmaßnahme der Berliner Banken. (?)

Wie TU. aus hiesigen Börsenkreisen erfährt, beabsichtigen die hiesigen Banken, sich auch ihrerseits an den als Kundgebung gegen die französische und belgische Raubpolitik im Ruhrgebiet von anderen Gewerbezweigen geführten Boykott in der Art zu beteiligen, daß von einem noch näher zu bestimmenden Tage ab französisches und belgisches Geld nicht mehr eingewechselt werden soll. Es verlautet, daß ein näherer Beschluß noch gefaßt werden soll.

Keine Schiffsreparaturen für französische Schiffe.

Wie der TU. gemeldet wird, lief auf der Cuxhavener Reede ein Kriegsschiff der französischen Marine an, um Reparaturen vorzunehmen. Es hatte die Absicht, hier die Reparatur ausführen zu lassen. Die Reedereiverbände und die Schiffahrtsgeschäfte waren sich dahin einig geworden, Hilfe zu versagen. Das Kriegsschiff mußte, ohne die Reparatur vorgenommen zu haben, wieder in See gehen.

Eine Erklärung der Trierer Behörden.

Die Spitzenbehörden, Reichsbahn, Oberpostdirektion, das Hauptzollamt, Reichsbank, Staatsanwaltschaft, Landgericht, Forstverwaltung, Oberbergbauamt und Landesamt weisen in einer öffentlichen Erklärung darauf hin, daß aus Anlaß der letzten politischen Ereignisse die deutsche Regierung zum ersten Mal seit Friedensschluß den Beamten des altbesetzten Gebietes Befehl gegeben hat, gewissen Anordnungen der befehlenden Mächte keine Folge zu leisten. Als deutsche und preußische Beamte erklären wir, daß wir in solchem Falle uns durch unseren Eid Ehre und Gewissen verpflichtet halten, nur den Anordnungen der Reichs- und Landesregierung Folge zu leisten. Wir sind überzeugt, daß alle unsere Beamten, Angestellten und Arbeiter mit uns gleichen Sinnes sind und daß sie als loyale Staatsbürger unsere Forderungen billigen und wir glauben, erwarten zu dürfen, daß auch die Besatzungsbehörde es zu würdigen weiß. Es ist selbstverständlich, daß wir die durch das Verbot der deutschen Regierung nicht betroffenen, von der interalliierten Rheinlandkommission auf Grund des Rheinlandabkommens erlassenen Ordonnanzen wie bisher loyal zur Durchführung bringen. Das Plenum der Regierungsmitglieder gemeinsam mit sämtlichen Beamten, Angestellten und Arbeitern erklärt sich in einer besonderen Kundgebung ebenfalls außerstande, an der Durchführung der in Ordonnanz 134 enthaltenen Bestimmungen und der auf Grund derselben gegebenen Anweisungen des hiesigen Bezirksdelegierten mitzuwirken. Sie halten sich auf Grund ihres Beamteneides und ihres Gewissens verpflichtet, den Befehlen der deutschen Behörden zu gehorchen. Sie erwartet, daß die Besatzungsbehörde für diese vom höchsten Pflichtbewußtsein diktierte Haltung der Beamten Verständnis und Achtung haben wird.

Die Eisenbahn befördert keine Soldaten.

TU. In Essen bestiegen 20 bis 30 französische Soldaten einen Zug. Der Lokomotivführer weigerte sich daraufhin, den Zug abfahren zu lassen. Die Fahrgäste verließen den Zug, die Franzosen blieben bis zum Morgen sitzen, um dann den Zug zu verlassen.

Franzosen in Köln.

Gestern vormittag 10 Uhr machte eine feldmarschmäßig ausgerüstete Kompagnie Franzosen vor dem Eisenbahndirektionsgebäude in Köln Halt. Zu einer Besetzung des Gebäudes ist es jedoch nicht gekommen. Gegen 11½ Uhr mußten die Franzosen auf Veranlassung der englischen Besatzungsbehörde wieder abrücken.

Eine neue Unterstützungsaktion für die Ruhrbergleute.

TU. Der über 350 000 Mitglieder zählende Gewerkschaftsbund der Angestellten (G. D. A.) hat vorerst für die Ruhrbergleute die Summe von 1 Million Mark zur Verfügung gestellt. Außerdem soll von den Mitgliedern ein Beitrag, der für ordentliche Mitglieder 400 Mark, für Mitglieder mit einem Monatseinkommen unter 70 000 Mark 200 Mark beträgt, erhoben werden.

Neue Betriebseinstellungen der Eisenbahn

TU. Der Bahnhof in Hamborn und der Bahnhof in Düsseldorf-Rath sind wegen Eingreifens der Belgier bezw. Franzosen stillgelegt worden.

Beschlagnahme von Privateigentum.

Beim Postamt Herne wurden dort lagernde Kabel der Firma Zwietusch u. Co. in Berlin von Franzosen beschlagnahmt und weggeschafft, obwohl darauf hingewiesen wurde, daß es sich um Privateigentum handele. Die Wegnahme des Materials, das auf den Telegraphenämtern Bochum und Herne eingebaut werden sollte, stört die Abwickelung des Betriebes auf das Empfindlichste. Auch gegen dieses Eingreifen ist sofort energischer Protest durch die Oberpostdirektion Dortmund eingelegt worden. Wie wir von zuständiger Seite hören, ist überall im besetzten Gebiet die Tatsache festzustellen, daß das gesamte Personal der Reichspost und Telegraphenverwaltung des besetzten Gebietes einmütig und entschlossen in nationaler Abwehrfront dasteht.

Feste Haltung der Hörder Postbeamten.

Die Beamtenschaft des Postamts Hörde hat in vollem Einvernehmen mit der gesamten übrigen Beamten- und Arbeiterschaft beschlossen, den Betrieb nicht wieder aufzunehmen und dies nur unter der Bedingung zu tun, daß die französischen Truppen, welche plötzlich in

---

Die Westfälische Landesbühne.

Nachdem im Zuli im Rheinland eine planwirtschaftliche Regelung der Volkskunstpflege durch die Gründung der Rheinischen Landesbühne G. m. b. H. erfolgte und Oberschlesien sich ebenfalls eine Landesbühnenorganisation gab, war Westfalen die nächste preußische Provinz, die sich zugunsten seiner starken industriellen Bevölkerung und seiner zahlreichen theaterlosen Mittelstädte eine kulturelle Theaterplanwirtschaft schuf. Am 24. September traten im Oberpräsidium Münster mit der Preußischen Landesbühne und den großen kulturellen Besucherorganisationen die besonders interessierten Städte der Provinz zur Gründung einer Westfälischen Landesbühne G. m. b. H. zusammen. Gegenstand des Unternehmens ist gemeinnützige Theaterpflege, insbesondere für die minderbemittelten Kreise in der Provinz Westfalen. Gesellschafter wurden neben dem Verband der deutschen Volksbühnenvereine (Freie Volksbühne) und dem Bühnenvolksbund zunächst die Städte Ahlen, Bielefeld, Bocholt, Buer, Dortmund, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hamm, Herne, Münster und Recklinghausen, sowie der Landkreis Altena. Als erster Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren Beigeordneten Dr. Berrenberg-Münster, Landesbankdirektor v. Bruchhausen-Münster, Theaterdirektor Dornseiff-Herne, Oberbürgermeister Eichhoff-Dortmund, Beigeordneter Dr. Gaertner-Gelsenkirchen, Reg.-Präs. a. D. von Gescher-Münster (V. V. V.), Verleger Hausknecht-Bielefeld (V. V. V.), Direktor Illing-Berlin (Bühnenverein), Rechtsanwalt Dr. Nawitzki-Bochum (Freie Vb.), Bürgermeister Rutscher-Bielefeld, Reichstagsabg. Schreck-Bielefeld (Fr. Vb.), Bürgermeister Schüttemeyer-Rheine. Dr. Selig-Berlin (Preuß. Landesbühne), Geheimer Regierungsrat Dr. Thomee-Altena. Oberstudiendir. Dr. Töwe-Gelsenkirchen (Fr. Vb.), Oberregisseur Werblowski-Osnabrück (Bühnengenossenschaft), Dir. Winkel-Gelsenkirchen (V. V. V.); den Vorsitz im Aufsichtsrat führt der Oberpräsident bezw. dessen Stellvertreter Oberregierungsrat Siegert. Der Sitz des Unternehmens ist in Münster, die offizielle Anschrift lautet: Herne i. W., Rathaus. Als erste Geschäftsführer wurden bestellt die Herren Bürgermeister Dr. Sudkamp zu Herne, Theaterintendant Dr. Krüger-Münster, Generalsekretär des Bühnenvolksbundes Gerst-Frankfurt a. M., Sekretär für Westdeutschland der deutschen Bühnenvereine v. Zwehl-Frankfurt a. M. Inzwischen sind als weitere Gesellschafter beigetreten: Gevelsberg, Paderborn, Dülmen, Amt Marl.

In ihrer etwa dreimonatigen Tätigkeit hat die Westf. Landesbühne als Vermittlungsinstanz und Ausgleichsstelle bereits eine große Anzahl Verhandlungen gepflogen. Die großstädtischen Theater Westfalens verdanken der Mitarbeit der Landesbühnenorganisation bezw. der großen Besuchergemeinden die Ausdehnung der Reichsbesoldungszuschüsse auf die Theaterangestellten, durch welche allein der Fortbestand eines literarisch anspruchsvoll geführten Schauspiels und einer guten Oper gewährleistet erscheint. Für Dortmund speziell dürfte die von der Landesbühne projektierte Unterstützung der Gastspiele in Gelsenkirchen, die sich vielleicht zu einer Personalunion auswirken wird, von Bedeutung sein. In Bielefeld werden bereits mehr als ein Drittel aller Vorstellungen von den Besucherorganisationen abgenommen; diese letzteren Abmachungen wurden von der Landesbühne innerhalb der ihr vorläufig zur Verfügung stehenden Mittel unterstützt mit besonderer Beziehung auf die Gastspiele des Bielefelder Stadttheaters in Herford. Beim Stadttheater Münster wurde die Zahl und der Preis der für die Volkskunstpflege bestimmten Vorstellungen unter Anwendung einer Gleitskala, die die Interessen der minderbemittelten Schichten mit den Gestehungskosten vereinbart, festgelegt. Das Schauspiel-Unternehmen in Herne-Recklinghausen, das als neues Kulturtheater des Industriebezirks besondere Unterstützung empfing, schloß mit der Landesbühne Gastspielverträge nach Wanne, Castrop, Buer und Gerthe ab. Für Gladbeck, das an dem Theater des rheinischen Oberhausen beteiligt ist, wurde eine Unterstützung der der Volkskunstpflege dienenden Vorstellungen in Aussicht genommen; für Bottrop wurden Gastspiele mit dem neuen Stadttheater in Hamborn abgeschlossen.

Große Schwierigkeiten boten die Verhältnisse in Hagen, wo bekanntlich das mit städtischer Unterstützung betriebene Theater seit März stillgelegt ist. Die Haltung der Stadtverordnetenmehrheit von Hagen machte bisher alle Anstrengungen, den wichtigen Theaterstützpunkt zurückzugewinnen, unmöglich; bei Andauern dieses Zustandes dürften sich die von den zuständigen Organisationen gegen Hagen erörterten Maßnahmen nicht länger verhindern lassen. Immerhin gelang es, für die Hagener Besucherorganisationen eine Reihe von Schauspielgastspielen aus Herne abzuschließen. Das Münsterland empfing seine Vorstellungen bisher von dem Schauspielunternehmen Mattes, das sich Westfälisches Städtebundtheater nennt. Die Landesbühne versuchte in langwierigen Verhandlungen eine ausreichende Sicherung der Gagen dieses Unternehmens und seine Umbildung in ein gemeinnütziges, von den Städten getragenes Unternehmen. Für Minden, wo ebenfalls der eigene Theaterbetrieb aufgehört hat, konnten mit Unterstützung der Stadt und der Freien Volksbühne Gastspiele aus Hannover abgeschlossen werden. Schließlich wurde noch eine Unterstützung der Festspiele in Altena in Aussicht genommen, sofern die Landesbühne an diesem Unternehmen beteiligt wird. Für das südliche Westfalen (Siegen) kommt als Gastspielunternehmen das Frankfurter Künstlertheater in Betracht; in Paderborn spielt Detmold. Als wichtigste Verhandlungsfragen zur Vorbereitung der nächsten Spielzeit ergeben sich die Fragen des nordwestlichen Industriebezirks, die voraussichtlich in Verbindung mit den gleichlaufenden Plänen des rheinischen Ruhrbezirks gelöst werden muß; die Frage des Ostens, die von Bielefeld, Herford bezw. Minden aus in Verbindung mit Oeynhausen, Detmold, Eilsen steht, die Frage Hagen und die des Münsterlandes.

Unter Verwendung der der Landesbühne zur Verfügung stehenden Mittel wurde erreicht, daß die gemeinnützigen Theatergemeinden, die durch die Garantierung vollbesetzter Häuser und ihrer Festlegung auf kulturell wertvolle Darbietungen dem Theater wirtschaftliche und ideelle Vorteile auch bei billigeren Preisberechnungen bieten, heute noch zum Durchschnittspreise von etwa 150 bis 200 Mk. in den Genuß künstlerischer Vorstellungen gelangen können, wobei sie dadurch wirkliche Volkskultur treiben, daß sie eine volkstümlich-literarische Einführung in den Geist der Dichtung leisten. Diese Tatsache macht es allen Theaterfreunden, die durch die heutigen Kassenpreise am regelmäßigen Besuch des Theaters verhindert werden, zur Pflicht, sich mit der Idee der Besucherorganisationen vertraut zu machen. An alle westfälischen Städte und Besucherorganisationen ergeht der Ruf, die gemeinnützige Arbeit der Westfälischen Landesbühne durch Beitritt zu dieser Gesellschaft zu unterstützen, damit der

das Gebäude eingerückt sind, und den Fernsprecher besetzt halten, unverzüglich entfernt werden.

Der Verband deutscher Post- und Telegraphenbeamter stellte dem Reichspostminister einen vorläufigen Betrag von einer Million Mark als Hilfsspende für die Angehörigen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung des Ruhrgebietes zur Verfügung.

Der Boykott in Bayern.

Die französischen Offiziere der Ententekommission in München haben sich an den General Nollet um Weisungen gewandt, da sie in München nicht mehr beherbergt und verpflegt werden. — Die Münchener Kaffeehausbesitzer haben den Boykott über die den Ententenationen angehörenden Besucher verhängt und die Aushängung französischer Zeitungen verboten.

Der deutsche Arbeiterbund gegen die fremdherrlichen Maßnahmen.

Der deutsche Arbeiterbund, Gau Rheinland und Westfalen, erläßt folgende Kundgebung:

Die skrupellose Verhaftung führender Männer des Bergbaues und der Industrie in Rheinland und Westfalen hat in unseren Kreisen die hellste Empörung hervorgerufen. Wir legen hiermit entschiedene Verwahrung gegen die jedes Rechtsbodens entbehrende Maßnahme ein und fordern die sofortige Freilassung aller Verhafteten. Den von dieser Maßnahme Betroffenen, sowie ihren Angehörigen sprechen wir unsere dankbare Anerkennung aus für ihr vaterländisches mutiges Verhalten. Gleichzeitig geloben wir feierlichst, ihrem Beispiel zu folgen. Für uns Deutsche gelten nur Befehle und Gesetze der deutschen Regierung. Alle Anordnungen, die von anderer Seite kommen, lehnen wir ab. Wir werden alles daran setzen, um den uns aufgedrungenen Kampf um unsere Freiheit siegreich zu beenden. Der deutschen Reichsregierung, besonders der Arbeitnehmerschaft, rufen wir zu: Werdet hart wie Stahl! Jetzt gilt es wie ein Mann zusammenzustehen im Kampfe, in Not und Gefahr. Wir erwarten die Unterstützung aller Volksgenossen in Nord und Süd, in Ost und West.

Zur Durchorganisation eines Hilfswerkes für das neubesetzte Gebiet.

Die Handelskammer Mühlhausen in Thüringen hat dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler, den Reichsministern und den Parlamenten Vorschläge zur Durchorganisation eines großzügigen Hilfswerkes übermittelt. In dem Schreiben heißt es u. a.:

1. Es ist notwendig, durch geeignete Mittel auf die Vertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinzuwirken, daß im gegenwärtigen Augenblick alle Lohnkämpfe unbedingt vermieden werden.

2. Die aus dem neubesetzten Gebiete ausgewiesenen Personen müssen die Zusicherung erhalten, daß sie umgehend in unbesetzten Gebieten wieder Arbeit und Brot finden.

3. Das Reich stellt Geldmittel größten Umfanges für die besetzten Gebiete zur Beschaffung von Kleidern, zur Unterstützung Bedürftiger, zur Linderung der Notlage der Kleinrentner und weitere Zwecke zur Verfügung. Diese Summen müßten umgehend aufgebracht werden. Da das Reich zu ihrer Bereitstellung nicht in dem erforderlich großen Ausmaße befähigt sein wird, muß auf die Gebefreudigkeit Privater zurückgegriffen werden. Zu diesem Zwecke schlagen wir vor:

a) Nach Art des Oberschlesischen Hilfsbundes wird sofort eine Organisation zur finanziellen Stützung der moralischen Widerstandskraft der besetzten Gebiete gebildet, an deren Spitze der Herr Reichspräsident und der Herr Reichskanzler treten.

b) Die Handelskammern übernehmen die Aufbringung der von der Industrie zur Verfügung gestellten Summen innerhalb ihrer Bezirke.

c) Die Landwirtschaftskammern übernehmen in gleicher Weise die Aufbringung der landwirtschaftlichen Summen und die Handwerkskammern die finanzielle Heranziehung von Handwerk und Gewerbe.

d) Die einzelnen Gewerkschaften, welche in diesem moralischen Kampfe nicht werden abseits stehen wollen, würden die ihnen angeschlossenen Arbeitnehmer veranlassen können, bestimmte ihnen zustehende Lohnsummen abzuführen. Es könnte das pro Kopf ein Stundenlohn oder das Mehrfache pro Woche sein.

e) Die freien Berufe sind in gleicher Weise zu der Lastentragung heranzuziehen, und zwar ebenfalls mit Hilfe der für sie bestehenden Fachverbände.

Die ganze Aktion wird mit größter Beschleunigung durchgeführt werden müssen, und es ist daher notwendig, sie schnell in die Wege zu leiten und für die Aufbringung der Summen nahegelegene Termine zu wählen. Die geleisteten Beträge sind besonders als steuerfrei zu kennzeichnen. (§ 13 Ziffer 7 E.-St.-G.)

Stillegung des Bochumer Telegraphen- und Postbetriebes.

Bochum, 25. Jan.

Gestern abend wollten im hiesigen Telegraphenamt mehrere Franzosen mit Gewalt die Störungsapparate wegnehmen. Die Schupobeamten Papst und Langelah, die zum Schutze des Amtes herbeigerufen waren, traten dem gewaltsamen Zugriff beherzt entgegen. Darauf drangen 15 Franzosen unter Führung eines Offiziers in das Amt ein, **um die beiden Schupobeamten zu verhaften.** Bei dieser Gelegenheit machte einer der Franzosen Miene, einen der Schupobeamten **mit dem Bajonett zu durchbohren,** während ein anderer dessen Kollegen mit Erschießen bedrohte. Die Schupobeamten bewahrten volle Kaltblütigkeit und verhüteten so weiteres Unheil.

Anläßlich dieser unerhörten Vorfälle hat das gesamte Personal des Telegraphen- und Fernsprechamtes sofort seinen Dienst verlassen. Der Fernsprechverkehr ruht vollständig.

Um 12 Uhr nachts trat auch das Postpersonal geschlossen in den Ausstand. Wachen verwehren dem Publikum den Zutritt zum Posthof.

Amerika und die französische Ruhraktion

Von unserem Washingtoner Mitarbeiter.

Nachdem man in Amerika erkannt hat, in wie bedrohliche Nähe die Gefahr einer dauernden und vollständigen wirtschaftlichen sowie politischen Lahmlegung Deutschlands durch Frankreich gerückt ist, gewinnt doch die Meinung die Oberhand, daß Amerika jetzt nicht mehr untätig beiseite stehen dürfe. Vor allem forderten die Farmer ein entschiedenes Eingreifen, weil sie mit Recht befürchteten, ihren wichtigsten Absatzmarkt zu verlieren. Und die amerikanische Regierung trug dieser Stimmung auch in gewissem Umfange Rechnung, indem sie auf Frankreich dahin einzuwirken versuchte, daß das wahnwitzige Ruhrabenteuer unterblieb. Nachdem aber trotzdem die Vergewaltigung des Ruhrgebiets zur traurigen Tatsache geworden ist, scheint in Amerika, namentlich in den breiten Mittelschichten der Bevölkerung, von neuem die Besorgnis zu wachsen, über Nacht in folgenschwere Konflikte hineingezogen zu werden, falls man nicht grundsätzlich von jeder Einwirkung auf die europäischen Angelegenheiten Abstand nehme. Jedenfalls sehen sich die Gegner der Politik der Enthaltung plötzlich veranlaßt, in schärfster Weise ihren Standpunkt geltend zu machen. Einflußreiche Persönlichkeiten im Senat, vornehmlich der beste Europakenner in dieser Körperschaft Mc. Cormick, haben einen Feldzug gegen die Neigung des Staatssekretärs Hughes eröffnet, sich jeder Entscheidung und Beeinflussung der europäischen Angelegenheiten zu enthalten. Dieser Kampf hat bereits dahin geführt, daß von dem bevorstehenden Rücktritt Hughes gemeldet wurde. Hughes selbst hat zwar inzwischen die Nachricht von seinem beabsichtigten Rücktritt dementiert, nichtsdestoweniger wollen die Gerüchte nicht verstummen, die behaupten, wenn er nicht freiwillig gehe, werde er demnächst dazu gezwungen werden. Wie aus Newyork zu dieser Frage gekabelt wird, erwartet man einen lebhaften Ausbruch der Unzufriedenheit im Senat.

Preußischer Landtag.

203. Sitzung vom 24. Jan.

Das Haus setzte zunächst die zweite Beratung des Entwurfes über den Verkehr mit Grundstücken fort.

Abg. v. Einern (D. Vpt.) betonte, die Ausführungsbestimmungen müssen auf Schonung des notleidenden Hausbesitzes bedacht nehmen, damit er möglichst wenig gezwungen ist, seinen Besitz auf den Markt zu werfen. Alle Abänderungsanträge gegen die Ausschußbeschlüsse lehnen wir ab.

Abg. **Bergmann** (Z.) erklärt für einen Teil seiner Freunde, daß das Gesetz gegen Schieber- und Spekulantentum schützen soll. In der Ausschußfassung gleiche es aber einem Körper, dem die Beine abgeschlagen worden seien.

Volkswohlfahrtsminister **Hirtsiefer** spricht zunächst den Opfern der Katastrophe die Teilnahme der Regierung aus. Er weist sodann auf die immermehr überhandnehmende Ueberfremdung des deutschen Haus- und Grundbesitzes hin. Wie schlimm die Dinge stehen, gehe aus den Mitteilungen der Grundbuchämter hervor. So habe das Grundbuchamt Berlin-Mitte erklärt, daß die Zustände immer schlimmer würden, und daß noch Berge von Akten unerledigt seien, die lediglich Ausländerkäufe betreffen. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Dabei aber sagen die Leute, die selbst von der Ueberfremdung betroffen werden, es gäbe keine solche. (Großer Lärm und Widerspruch; Unruhe im ganzen Hause.) Man habe eben durch das Geschrei über die Ueberfremdung die Einführung der freien Wirtschaft für das Wohnungswesen erreichen wollen. (Lebhaftes sehr richtig! links.) Man hat von einer großen Sozialisierung gesprochen. Das tut man immer, wenn man nichts erreichen kann. Ich muß es aber mit aller Entschiedenheit ablehnen, daß der Entwurf irgendwie mit Sozialisierungsplänen in Zusammenhang gebracht wird.

Kleine Nachrichten.

D. **Belgrad**, 24. Jan. Auf dem Balkan wütete ein außerordentlich starker Schneesturm. Infolge von Schneeverwehungen, die an einzelnen Stellen sieben Meter hoch waren, ist der Eisenbahnverkehr auf den Hauptlinien unterbrochen worden. Der Paris—Konstantinopeler Expreß konnte nicht mehr fahren und mußte den Verkehr einstellen.

D. **Brüssel**, 24. Jan. Während einer Inspektionsreise durch den belgischen Kongo wurden der Generalgouverneur und der Zivilgouverneur bei einem Automobilunfall auf der Stelle getötet.

D. **London**, 24. Jan. Die „Westminster Gazette" schreibt, daß die Kriegserinnerungen, an denen gegenwärtig Asquith seit zwei Monaten arbeitet, eine Antwort auf die Memoiren des deutschen Exkaisers geben werden.

D. **London**, 24. Jan. Ein Bombenflieger, der an der nordöstlichen Grenze von Indien zu landen gezwungen war, wurde von den Aufständischen mit seinen beiden Insassen festgenommen.

D. **Dublin**, 24. Jan. Gestern sind drei weitere Aufständische hingerichtet worden, weil bei ihnen Waffen gefunden worden sind. Damit sind jetzt insgesamt im Freistaat Irland 48 Hinrichtungen erfolgt.

Schweres Bauunglück bei Rudolf Mosse in Berlin.

TU. Gestern vormittag kurz vor 10 Uhr erfolgte in dem bekannten Zeitungsgebäude der Firma Rudolf Mosse in Berlin an der Jerusalemer-Ecke Schützenstraße ein folgenschwerer Gebäudeeinsturz. Zurzeit befindet sich das Gebäude in einem umfassenden Ausbau, bei welchem die Höherführung um ein 5. und teilweise noch um ein 6. Stockwerk erfolgt. In dem Teil des Gebäudes, der genau an der Ecke der Jerusalemer- und der Schützenstraße liegt, ist aus bisher noch unbekannter Ursache die erst kürzlich fertiggestellte Decke des 5. Stockwerks eingestürzt und durchschlug unter einer gewaltigen Detonation sämtliche Stockwerke bis ins Parterre hinunter. Da in den Räumen der ersten vier Stockwerke gearbeitet wurde, ist die Zahl der Opfer sehr groß. Bisher konnten 10 Tote und 16 Schwerverletzte geborgen werden. Von dem Unglück sind in erster Linie die Geschäftsräume des Berliner Adreßbuches betroffen worden.

Letzte Drahtnachrichten.

Millionenspende für die Bochumer Arbeiter- und Beamtenschaft.

Bochum, 25. Jan. Ein herrliches Zeugnis von der treudeutschen Opferbereitschaft legten in diesen Tagen Firmen des unbesetzten Gebiete ab. Im Laufe des gestrigen Tages gingen bei zwei großen Bochumer Werken Spenden von je einer Million Mark ein, die den durch die französische Besatzung in ihrem Erwerb beschränkten Arbeitern und Angestellten zugute kommen sollen.

Ein Bravo den edlen Spendern! Hoffentlich finden sich im weiten deutschen Vaterland recht viele Nachahmer. Nur Einigkeit auf der ganzen Front verbürgt unseren Sieg!

Die Eingriffe in Post und Eisenbahn.

Essen, 25. Jan.

Der Hauptbahnhof in Duisburg

hat erneut seinen Betrieb wegen widerrechtlicher Eingriffe eingestellt, und da der Betrieb in Oberhausen gleichfalls ruht, ist der **Verkehr vom neubesetzten Gebiet nach dem altbesetzten unterbunden.** Die über Essen fahrenden Züge bleiben in Mülheim liegen, auch über Kettwig ist der Verkehr nicht bis Düsseldorf durchführbar. Die Berlin—Kölner D-Züge verkehren über Hagen—Elberfeld, Anschluß an diese Züge ist in Dortmund erreichbar.

Neuerdings haben noch

die Bahnhöfe Wedau, Bottrop und Dinslaken

ihre Arbeit eingestellt, sodaß der gesamte westliche Bahnverkehr ruht.

In Witten

wurde ein Eisenbahner aus unbekannter Ursache, jedenfalls nicht aus dienstlichem Anlaß, von der Besatzungsbehörde verhaftet. Ueber seinen Aufenthaltsort ist nichts bekannt.

Auf dem Duisburger Hauptbahnhof sind

französische Eisenbahner eingetroffen.

Soweit bisher bekannt, sind sie noch nicht in Aktion getreten.

In Oberhausen

liegt der Postbetrieb seit gestern mittag still. Der Eisenbahnoberinspektor Schnell ist gestern von den Belgiern festgenommen worden.

Um 12 Uhr nachts liegen folgende Bahnhöfe still: Duisburg-Hauptbahnhof, der große Rangierbahnhof Wedau, Oberhausen-West, Hamborn, Duisburg-Meiderich-Süd, Dinslaken, Bottrop und Düsseldorf-Rath. Jeglicher Verkehr auf diesen Bahnhöfen ist eingestellt.

Die Eisenbahner des rechtsrheinisch besetzten Gebietes verharren weiter in ihrem einmütigen Widerstand. Gestern wurde in einer Konferenz beschlossen, daß Militärzüge nicht mehr gefahren werden sollen.

An die Post- und Telegraphenbeamten in Essen-Ruhr ist heute

folgendes Telegramm aus Wien

eingelaufen:

Die Telegraphenadjunkten der Wiener Telegraphenzentrale verfolgen mit Bewunderung Euer mutiges, strammes Verhalten gegenüber dem galizischen Eindringling. Eure Reichstreue festigt auch bei uns den Gedanken eines glücklichen alldeutschen Zukunftsstaates, wenn möglich mit Euch.

*

Münster, 24. Jan. Nach einer Meldung des „Westfälischen Merkur" wurden gestern nacht ein französischer Korporal und ein Soldat vom 12. Alpenjägerbataillon, die angeblich von Trier nach Herten fahren wollten und sich verschlafen hatten, auf dem hiesigen Bahnhof festgenommen.

Weitere Urteile des französischen Kriegsgerichts.

TU. **Mainz**, 25. Jan. Der Düsseldorfer Finanzamtspräsident Dr. Schluteus wurde vom französischen Kriegsgericht zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, doch wurde die Vollziehung des Urteils ausgesetzt und Dr. Schluteus entlassen. Die Verhandlung gegen den Kölner Landesfinanzamtspräsidenten ist noch nicht anberaumt.

TU. **Mainz**, 25. Jan. In der Kriegsgerichtsverhandlung gegen Geheimrat Raiffeisen, den Präsidenten der Bergwerksdirektion in Recklinghausen, lautet das Urteil: ein Jahr Gefängnis mit Strafaufschub. Raiffeisen wurde sofort in Freiheit gesetzt.

Das Urteil des Kriegsgerichts gegen die Zechenleiter ist einstimmig erfolgt, die Bewilligung mildernder Umstände mit Mehrheit.

bb. **Mainz**, 25. Jan. Für die Zechenbeflissenen wurden nach ihrer Freilassung von einer großen Volksmenge Kundgebungen dargebracht. Die Franzosen ließen die Menge durch Kavallerie auseinandertreiben. Um 10 Uhr gestern abend durchzogen noch Trupps vaterländische Lieder singend die Straßen.

*

TU. **Essen**, 25. Jan. Die Bergwerksbesitzer und -Direktoren haben sofort nach Verkündigung des Urteils des Mainzer Kriegsgerichts Revision eingelegt. Die Strafen sind übrigens in der Höhe des doppelten Betrages der geforderten Kohlenmengen festgesetzt worden.

Eine englische Kommission im Ruhrgebiet.

bb. **Berlin**, 24. Jan. Laut Tageblatt wird das Ruhrgebiet zurzeit von einer englischen Kommission im Auftrage der englischen Regierung bereist, die von einem englischen Offizier des Brückenkopfes Köln geführt wird und sich über die tatsächliche Lage des Ruhrgebietes unterrichten will.

50 Millionenspende der Zellstoffabrikanten

TU. **Berlin**, 24. Jan. Der Verein deutscher Zellstoffabrikanten hat an den Oberbürgermeister von Essen den Betrag von 50 Millionen Mark für die Opfer feindlicher Willkür zur Verfügung gestellt.

Die deutsche Rheinschiffahrt eingestellt!

TU. **Mannheim**, 25. Jan. Die Schiffahrt auf dem deutschen Rhein ist infolge eines Beschlusses des Transportarbeiterverbandes gestern eingestellt worden; jeder Schiffsverkehr ruht.

Der Leiter des Neußer Finanzamtes verhaftet.

w. **Düsseldorf**, 24. Jan. Der Leiter des Finanzamtes in Neuß, Regierungsrat Tietmann, wurde heute vormittag von der belgischen Besatzungsbehörde verhaftet und nach Krefeld gebracht. Grund zur Verhaftung ist die Weigerung de Regierungsrats, den Anordnungen der deutschen Regierung entgegenzuhandeln.

Englische Mutmaßung über Poincares Rücktritt.

TU. **Paris**, 24. Jan. Der Pariser Korrespondent der „Times" deutet an, daß die französische Oeffentlichkeit das Treiben des Herrn Poincare nicht mehr lange mit ansehen werde. Auch der „Daily Telegraph" rechnet mit der Möglichkeit eines baldigen Rücktritt Poincares, der dann, wie gerüchtweise verlautet, die Leitung des „Figaro" übernehmen wird.

b **Der Sitzungssaal der Stadtverordneten** (vergl. die Meldungen im 2. Blatt der vorliegenden Ausgabe) ist von der Besatzung wieder freigegeben worden.

Verantwortlich: Für Politik: Ernst Renner für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Jossen, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.



Dixin das dankbare Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und billig.
ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & CIE., DÜSSELDORF


Hier Hernerstr. 6!
ist das
Bochumer Hosen-Haus
A. Kurze
Straßenbahnhaltestelle Kortländer, Linie 2 u. 6
Telefon 2185. Telefon 2185.

Oeffentliche Aufforderung

zur Abgabe einer Steuererklärung für die Veranlagung zur Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 sowie für die erste Veranlagung zur Vermögenssteuer und für die Veranlagung zur Zwangsanleihe.

I.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind verpflichtet hinsichtlich der

A. Einkommensteuer

1. alle im Finanzamtsbezirke Bochum wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche), wenn sie im Kalenderjahre 1922 ein steuerbares Einkommen von mehr als 400 000 Mark bezogen haben;
2. Steuerpflichtige, bei deren Veranlagung auf Grund eines regelmäßigen Wirtschafts-(Geschäfts-)Abschlusses das Ergebnis eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahres zugrunde zu legen ist;
3. Steuerpflichtige, die Handelsbücher nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches oder über den Betrieb der Land- oder Forstwirtschaft geordnete Bücher führen und deren Geschäfts- oder Betriebsgewinn unter Berücksichtigung ihres Geschäfts-(Wirtschafts-)Abschlusses zu ermitteln ist;
4. sämtliche Personen, die, ohne im Deutschen Reiche zu wohnen oder sich aufzuhalten, in dem Finanzamtsbezirke Bochum Grundbesitz haben, ein Gewerbe betreiben oder eine Erwerbstätigkeit ausüben.

Ohne Rücksicht auf die Höhe und Art des Einkommens sind aber alle diejenigen Personen zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, denen vom Finanzamt ein Vordruck zur Steuererklärung zugegangen ist. In diesem Falle gilt die Uebersendung des Vordrucks als besondere Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung (§ 33 E. St. G. A. B.).

B. Vermögenssteuer und Zwangsanleihe

1. alle im Bezirk des Finanzamts Bochum wohnenden oder sich dauernd oder nur vorübergehend aufhaltenden selbständig steuerpflichtigen Personen (Deutsche oder Nichtdeutsche);
2. juristische Personen des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts sowie alle Berggewerkschaften, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, Anstalten, Stiftungen und andere Zweckvermögen, sofern sie den Sitz oder den Ort der Leitung im Inland haben, also insbesondere Erwerbsgesellschaften (wie Aktiengesellschaften: Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kolonialgesellschaften), Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, eingetragene Vereine, nicht rechtsfähige Personenvereinigungen, die Erwerbszwecke verfolgen (außer Gesellschaften, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer des Betriebs anzusehen sind, z. B. offene Handels- und Kommanditgesellschaften), Stiftungen, Anstalten und Zweckvermögen,

wenn sie am Stichtag ein Vermögen von mehr als 200 000 Mark besitzen. (Stichtag ist der 31. Dezember 1922; für Betriebe, bei denen regelmäßige jährliche Abschlüsse stattfinden, tritt auf Antrag des Steuerpflichtigen, an den dieser auch für künftige Veranlagungszeiträume gebunden bleibt, der Schluß des letzten Wirtschafts-(Geschäfts-)Jahres.

Zur Abgabe einer Steuererklärung sind ferner verpflichtet ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens und ohne Rücksicht auf die Staatsangehörigkeit, Wohnsitz, Aufenthalt, Sitz oder Ort der Leitung alle natürlichen und juristischen Personen sowie Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach § 5 des Vermögenssteuergesetzes mit ihrem inländischen Grund- und Betriebsvermögen steuerpflichtig sind (beschränkt Steuerpflichtige).

II.

Die hiernach zur Abgabe einer Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des vorgeschriebenen Vordrucks im Laufe des Monats Februar 1923 bei dem unterzeichneten Finanzamt einzureichen. Vordrucke für die Steuererklärung können von dem unterzeichneten Finanzamt bezogen werden. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweckmäßig eingeschrieben — einzureichen oder mündlich vor dem Finanzamt abzugeben (vormittags 8½—12 Uhr, Bergstraße 89). In Abschrift sind beizufügen unverkürzte Bilanzen mit Gewinn- und Verlustrechnung und ferner bei juristischen Personen Geschäftsberichte, Niederschriften über Mitgliederversammlungen und ähnliche Belegstücke.

Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordrucks der Steuererklärung nicht abhängig.

Die Abgabe einer Steuererklärung bei dem unterzeichneten Finanzamt ist nicht erforderlich, soweit die unter A, B und C genannten Personen die Steuererklärung bei einem anderen Finanzamt abgegeben haben.

III.

Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung versäumt, kann mit Geldstrafen zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 vom Hundert der festgesetzten Steuer auferlegt werden. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Einkommen-, Vermögenssteuer oder der Einnahmen aus Zwangsanleihe wird mit Geldstrafen bis zum zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer oder bis zum fünffachen Betrage der hinterzogenen Zwangsanleihe bestraft (§ 53 des Einkommensteuergesetzes, § 32 des Vermögenssteuergesetzes, § 28 des Gesetzes über die Zwangsanleihe, §§ 359 ff. der Reichsabgabenordnung). Auch ein fahrlässiges Vergehen gegen die Steuergesetze (Steuergefährdung) wird bestraft.

Die in den Steuererklärungsformularen vorgedruckte Frist wird hiermit bis zum 28. Februar 1923 allgemein verlängert.

Bochum, den 24. Januar 1923.

Finanzamt Bochum.

Bochum, den 21. Januar 1923.

Verordnung betr. den Verbrauch von Alkohol.

Der Generalkommandant der Division befiehlt:

1. Es ist im ganzen besetzten Gebiete streng untersagt, an Soldaten aller Grade der französischen oder alliierten Besatzungstruppen giftige oder betäubende Substanzen zu verkaufen oder gratis abzugeben.
2. Es ist verboten, den Leuten der französischen oder alliierten Armeen Alkohol, Liköre oder mit Alkohol vermischte Getränke zu verkaufen oder gratis abzugeben.
3. Diese Untersagung erstreckt sich auf alle Getränke mit niederem Alkohol, auch auf Malaga-, Portwein, Grog und Punsch usw., ausgenommen Wein, Zider und Bier.

Die im § 2 angegebenen Untersagungen beziehen sich weder auf Offiziere noch Unteroffiziere, in französischen oder alliierten Diensten stehend.

Dieser Befehl soll der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht werden.

Au Quartier General le 22. Januar 1923.

Le General Commandant la 40. Division d' Infanterie

Nayral de Bourgon.

Zahle bis Mk. 12 000.— und mehr für

MAUSER-PISTOLE

gut erhalten, Kal. 7,63 mit Anschlag-Kolben. Ebenso kaufe Parabellum, Kal. 7,65, sowie Jagdgewehre u. automatische Taschenpistolen u. Prismengläser

R. West, Dortmund, Balkenstraße 18, Eingang Laden.

Oberrealschule an der Königsallee

Wiederaufnahme des Unterrichts: Donnerstag den 25. d. Mts., 10,25 Uhr. Die Schüler versammeln sich auf der Grünstraße.

Scheidt.

Verein. Stadttheater

Bochum-Duisburg.

Donnerstag, 25. Jan., 7½ bis 10 E. 15

„Orplid"

Freitag, 26. Jan. 7—10 D. 14

„Das Hofkonzert"

Neues **Operetten-Theater**

Rottstr. 29. Tel. 534

Heute bis einschl. Freitag, 26. Januar abends 8 Uhr:

Die Bajadere.

Operette in 3 Akten.

Ab Samstag, 27. Januar

Der liebe Augustin.

Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Cabaret Weinklause

Im Operettentheater erste Etage täglich abends 8 Uhr

Das neue Januar-Programm

Am Flügel: Hanns Diehl.

Ferner Violinvirtuose H. Zimmermann

Operetten-Casino

Täglich

4-Uhr-Mokka

mit Heinz Ludwig und Carl Hermann Reno vom Neuen Operetten-Theater

Ferner Orig. amerikan. **Jazz-Band.**

Grosse Posten **Schultornister und -Taschen**

für Mädchen u. Knaben eingetroffen.

Nur best. Sattlerarbeit

Spezialität: Rindleder-Tornister und -Schultaschen.

Noch billigste Preise

Mummeltheysche Zentralbuchhandlung

Bochum

Obere Marktstraße 31. Telefon 3968.

Kurshaar, weiß. Hund zugelaufen. Gegen Erstattung d. Kosten abzuhol. Bochum 7, Marktstr. 109.

Elftes Jugendkonzert der Stadt Bochum

Freitag, 2. Februar, abds. 7 Uhr im Schützenhof (verlegtes Konzert vom 13. Januar)

Die Schöpfung

Karten sind an der Konzertkasse im Stadttheater gegen Vorliegen eines Ausweises der Organisationen bezw. Schulen zu haben.

In der Nacht vom 23. zum 24. Januar wurde in meiner Wirtschaft in Querenburg eingebrochen und größere Posten **Getränke und Kolonialwaren gestohlen.** Ich zahle

Mk. 50 000 Belohnung

und zwar für Namhaftmachung der Täter Mk. 10 000 und für Wiederbeschaffung der gestohlenen Waren Mk. 40 000.

Wirtschaft Kiekuth, Querenburg.

Wir verlegten unsere Geschäftsräume von Bongardstraße 18 nach

Rottstrasse 52

Eisenvertriebs-Gesellschaft m. b. H.

Bochum.



in über 200 000 Exemplaren verbreitet, genießt den Ruf der

besten Schreibmaschine

Hoffmann & Co., Bochum

Kaiserstr. 27 Fernspr. 3565—66

Fritz Lenz Nachf.

Bochum, Alleestrasse 10.

neben der Christuskirche Tel. 1403 (Wirtsch. Hasselkus)

Vernickeln — Verkupfern

Feinmechanische Reparatur-Werkstatt für Fahrräder, Nähmaschinen, Grammophone, sowie sämtliche mechanische Musikinstrumente, Schleiferei und Vernickelungs-Anstalt, Aufarbeit. v. Kronleuchtern, Messingstangen usw.

Emaillieren von Fahrrädern.

Vernickelung

sämtlicher Haushaltungsgegenstände, sowie Aufarbeiten von Kronleuchtern, Messingstangen u. Klavierleuchtern usw. übernimmt

K. Hüsecken, Ottostr. 44.

Haus in Bochum zu kaufen

gesucht, in dem 6 Zimmer-Wohnung frei wird. Offerten unter Nr. 14937 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einfamilienhaus,

beste Lage Bochums, beziehbar, zu kaufen, evtl. gegen

Zweifamilienhaus in Essen,

am Bernewäldchen, 5 Minuten vom Hauptbahnhof gelegen, zu tauschen gesucht.

Offerten unter Mk. D. 31 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zigarren, Zigaretten Rauch- und Kautabak

kaufen Sie gut und vorteilhaft in der

Bünder Cigarren-Centrale,

Bochum, Brückstr. 27.

Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Ata

bestes Putz- u. Scheuermittel

Unentbehrlich in Haus, Werkstatt, Fabrik.

Henkel & Cie. Düsseldorf

Uhr- und Goldschmiede Reparaturen **Belelstein**

Kortumstraße 17.

Staatl. alad. geprüfte Musiklehrerin unterrich **Klavier, Musikgeschichte und Musiktheorie,** einzeln und in Kursen.

Anna Breindl, Bochum, Wittenerstraße 81a.

Nehme noch Stellen a. Bügeln, Flicken u. Stopfen an. Off. u. N. K. 58 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Miets-Gesuche

Junges bess. Ehepaar seit langem beim Wohnungsamt eingetragen, sucht in besserem Haus **3—4 Zimmer.**

Gefl. Angebote u. E. 455 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Offene Stellen

Lehrling

mit guter Schulbildung für mein kaufmännisches Büro gesucht.

Georg Stübner, Bochum, Wiemelhauserstraße 13.

Aelt. Mädchen

für Hausarbeit und ein **Morgenmädchen** zum 1. Februar gesucht.

Lueg, Bülowstraße 63, Ecke Königsallee.

Stütze oder bess. Mädchen

gegen guten Lohn sofort gesucht. Zweitmädchen vorhanden.

Bu gardt, Ehrenfeld, Stolzestraße 15.

Bess. Mädchen

oder einfache Stütze für klein. Haushalt bei guten Lohn und Verpflegung bald gesucht. Meldungen mit Zeugnis.

Frau Dir. Dr. Hartenstein Bochum 5, Gemeindestr. 47

Mädchen

für Bohrmaschinen sofort gesucht.

Ed. Link, Ehrenfeld, Joachimstr. 15.

Fleißiges, sauberes **Zweitmädchen**

welches bügeln u. etwas nähen kann bei hohem Lohn und bester Verpflegung zum 1. Febr. gesucht; vorzustellen: Sonntags nachmittags 5—7 Uhr.

Fröhling, Parkstraße 13.

Gewandte **Kontoristin**

perfekt in Stenographie, zu sofort gegen Tarifgehalt gesucht.

Holz- und Metallwerke Wilhelm Bock, G. m. b. H., Wanne, Ostbahn. Heinrichstr. 51.

Büro-Gehilfin

Dame mit guter Schulbildung u. mehrjähriger Praxis in industrielle Büros sucht zum 1. April anderweite aussichtsvolle Stellung. Zuschriften unt. V. 30 a. d. Gesch. d. Bl.

Altpapier

Akten, Zeitungen, Zeitschriften

zu bedeutend erhöhten Preisen **kauft**

vormals **Josef Levy, Bahnhofstraße 13**

Fernsprecher 2094 Papierverwertung Fernsprecher 2094

Aeltestes Geschäft dieser Art am Platze. Auf Wunsch sofortige Abholung

Kinderloses Ehepaar, Elektromont., 23 Jahre, sucht in bess. Hause gegen zeitgemäße Vergütung

2 bis 3 Zimmer

und ist geneigt, die elektrotechnischen und sanitären Anlagen in Ordnung zu halten.

Angebote erbeten unter A. B. 65 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Judn rieverband sucht für einen Herrn der Geschäftsführung

1 möbliertes Zimmer

in herrschaftlichem Hause zum 1. oder 15. Februar 1923.

Angebote unter Nr. 15629 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Direktorensache!

Welche Zeche, welches Werk stellt einen, in allen Arbeiten durchaus bewanderten Kaufmann bis jetzt in verantw. leit. Stellung, ein?

Selbiger verliert infolge der Ruhrbesetzung seine Stellung. Allererste Zeugnisse und Referenzen. Persönliche Vorstellung jederzeit.

Angebote unter Nr. 15647 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Meister

Solider und durchaus tüchtiger Fachmann, erfahren im Fräsen und Härten von Zahnrädern, für meine Dreherei u. Fräserei zum 1. Februar gesucht.

E. H. von Lienen

Fahrzeugfabrik

Bochum, Wittenerstr. 88.

Für Weitmar

wird ein zuverlässiger

Zeitungsbote

gesucht. Zu melden in der Geschäftsstelle Buddenbergstraße 11.

Märkischer Sprecher.

ff. westfälischer **Pumpernickel**

Friedensqualität Markenfrei



ganz und geschnitten

Feinbäckerei **Carl Hackert**

Inh.: Hugo Hackert Fernsprecher Nr. 509.

Bochum, Hellwegstr. 4

Korbmöbel

aus Ia. Weide kaufen Sie am billigsten im Etagen-Geschäft

Scheidemann, Kaiserstr. 57, II. Etg.

Ausführung und Instandhaltung elektr. Anlagen

Reichhaltiges Lager.

Karl Schröder, Rottstr. 29, Fernr. 43

Geldschrank

zu verkaufen. Angebote unter A. 4 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

Fahrrad zu verkaufen.

Karolinenstr 93.

Perslaner-Kragen, 1,60 m lang, und **Muff** preiswert zu verkaufen

Bier, Hernerstr. 91.

Möbel

Wilh. Schrudde

Bochum, Roonstr. 37. Nähe der Marienstraße.

Neue Küchen und **Schlafzimmer** noch preiswert zu verkaufen.

Bochum, Alleenstraße 9 Nähe der Wittenerstr.



Leih-Bibliothek

Günstige Bedingungen

Siepmann,

Friedrichstraße 26.

Kaufgesuche

Alt-Gold, -Silber, Platin

Reeller Ankauf zu jeweil. Tagespreis

Paul Schrader

Goldschmiedemeister

A.B.C-Straße 15 Ecke Humboldtstr.

Für Alt-Gold, -Silber, -Platin, Brillanten, getragene Uhren

zahle höchste Tagespreise

Fr. Alb. Pfeifer

gen. Bilke,

Hamme, Dorstenerstraße 185

Alt Gold, -Silber, (kein deutsches Silbergeld) **Brillanten, Alt Platin** kauft ständig

Gust. Arbeiter

Goldschmied.

A.B.C - Straße 13.

Höchster **Tageskurs**

Alt-Gold, Alt-Silber, Platin, Brillanten.

Reeller Einkauf

Langen,

Goldschmiedemeister, Humboldtstr. 27.

Nr. 21. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Donnerstag. 25. Januar 1923

Bochumer Nachrichten.

Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 25. Jan.

Aufruf an die deutsche Landwirtschaft.

Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, der aus den landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, insbesondere auch der Vereinigung der deutschen Bauernvereine, gebildet wird, erläßt folgenden Aufruf:

Mit Bewunderung und Stolz blickt die gesamte deutsche Landwirtschaft auf die unerschütterliche Standhaftigkeit der unter schwerstem feindlichem Drucke stehenden Bevölkerung des Ruhrgebietes. Die im Reichsausschuß vereinigten landwirtschaftlichen Körperschaften Deutschlands haben beschlossen, sofort alle erforderlichen Schritte zur Linderung der Ernährungsschwierigkeiten des neubesetzten Gebietes zu unternehmen.

Die Vorsitzenden aller deutschen Landwirtschaftskammern werden gebeten, in Gemeinschaft mit den übrigen landwirtschaftlichen Organisationen der Länder und Provinzen die Sammlung von Lebensmitteln ohne Verzug in die Hand zu nehmen. Wegen einer geregelten Verteilung an die Bevölkerung ist der Reichsausschuß mit den Reichsbehörden in Verbindung getreten. Der R. A. weiß sich eins mit der gesamten deutschen Landbevölkerung in dem festen Willen, der Ruhrbevölkerung in ihrer schweren vaterländischen Not nach Kräften beizustehen.

Der Westfälische Bauernverein erläßt folgenden Aufruf an seine Mitglieder:

Westfalische Bauern!

Der Franzose ist unter kriegsartiger Aufbietung ungeheuerer militärischer Machtmittel in das rheinisch-westfälische Industriegebiet eingedrungen, um seine politische Machtgier zu befriedigen, der produktiven Werte deutscher Industrie sich zu bemächtigen und die Früchte härtester Fronarbeit eines friedsamen Volkes für sich zu gewinnen. Unbekümmert um Völkerrecht und Verträge hat er die rohesten wirtschaftlichen und militärischen Machtmittel ergriffen, um seine Vernichtungspläne gegen Deutschland durchzuführen. Uns Deutschen, die wir wehr- und waffenlos sind, bleibt nichts anderes zur Verteidigung über als der passive Widerstand mit allen uns zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Mitteln. Dieser Widerstand muß zum Siege führen, wenn er mit eisernem Willen und deutscher Zähigkeit auf der ganzen Linie geleistet wird. Hierbei müssen sich alle Berufsstände, Industrie und Landwirtschaft, Arbeiter und Unternehmer einmütig die Hand reichen, um alles abzuwehren, was die wirtschaftlichen Kämpfer zum Erliegen bringen könnte. Insbesondere muß dafür gesorgt werden, daß in den besetzten Gebieten keine Ernährungsschwierigkeiten entstehen, und nicht letzten Endes wieder der Hunger uns zum Nachgeben zwingt. Die deutsche Landwirtschaft hat die Aufgabe, den Hunger aus der Kampfzone zu bannen, indem sie sofort alle verfügbaren Lebensmittel abliefert. Der Streit um die Getreideumlage muß angesichts der augenblicklichen Lage verstummen. Alle Milch muß direkt oder über die Molkereien der Versorgung des Industriegebietes zugeführt werden. Ueberall müssen sofort durch die Kreisvereine, Ortsvereine und Ortsgruppen des Bauernvereins Sammlungen an Lebensmitteln (Mehl, Hülsenfrüchte, Fett, Fleisch und dergleichen) in die Wege geleitet werden.

Der Westfälische Bauernverein erwartet von seinen Mitgliedern, daß sie sich Mann für Mann in den Dienst der guten Sache stellen, um für die kämpfenden Brüder im Industriegebiet zu tun, was möglich ist.

Den Streitern im wirtschaftlichen Kampfe aber rufen wir zu: Hoch euer Mut und euer mannhafter Widerstand! Haltet aus, ihr könnt auf unsere Hilfe rechnen! Wir stehen zu euch in echt westfälischer Treue!

Folgen der Besatzung in Bochum.

Am Dienstag konnten die vereinigten Ausschüsse des Stadtverordnetenkollegiums nicht im Rathause tagen, weil die Räume von den Franzosen besetzt sind. Die Sitzung mußte in der Aula der Oberrealschule abgehalten werden. Wenn die Franzosen bis Freitag die Sitzungszimmer im Rathause nicht freigeben, ist es fraglich, ob die angesetzte Stadtverordnetensitzung stattfinden kann. — Die vereinigten Ausschüsse nahmen in ihrer Sitzung zu den Ernährungsschwierigkeiten Stellung; auch wurde auf die Wohnungsnot hingewiesen und die Stadtverwaltung ersucht, sich bei der Besatzungsbehörde dahin zu bemühen, daß möglichst wenig Bürger in ihren Privatwohnungen mit Einquartierungen behelligt werden.

Folgende Schilderung eines üblen Vorfalles geht uns zu:

Die Schülerin Grete Ludwig, 12 Jahre alt, Hermannshöhe 31, wurde gestern auf dem Weg zur Schule in der Wiemelhauserstraße von einem französischen Soldaten zuerst französisch, dann deutsch nach dem Weg zur Kanalstraße gefragt. Als sie ihm antwortete: „Darauf gebe ich keine Antwort", schlug der Soldat das überaus zarte Kind mit der Reitpeitsche über die Hand, sodaß noch heute die Hand geschwollen war und eine Reihe von Striemen sichtbar sind.

Hoffentlich nimmt sich der französische Kommandant, der den Schutz der Bevölkerung feierlich zusicherte, dieses „schlagfertigen" Burschen gründlich an; die Bürgerschaft aber protestiert entschieden dagegen, daß Kinder in dieser rohen Weise von Soldaten mißhandelt werden.

Weiter wird uns berichtet, daß mehrere Kompagnien aus dem Ev. Vereinshaus in die Drusenbergschule und Oberrealschule II im Ehrenfeld verlegt worden sind. Eine betrübliche Folge dieser Verlegung ist, daß im Südpark, der Oberrealschule gegenüber, 20 junge Ulmen umgehauen worden sind; der angebliche Zweck dieses Waldfrevels soll sein, daß sich die französischen Soldaten einen Abort bauen wollen. Wir sind der Meinung, daß derartige Gewaltakte sich mit dem von Poincare verkündeten Zweck des friedlichen Einmarsches der französischen Truppen nicht vereinbaren lassen.

Die Sängertreue, sie ist doch kein leerer Wahn!

Der Männergesangverein Wildmünnen in Ostpreußen sandte dem Unterverband Bochum des Westfälischen Sängerbundes folgendes Telegramm:

Deutsche Brüder in Not,
Wir halten Treue bis in den Tod.
Treudeutsche Sängergrüße allen Gesangvereinen Bochums.

Der Unterverband Bochum antwortete:

Westfalen nicht wanken noch weichen,
Stehn fest wie die deutschen Eichen,
Für sie ist höchstes Gebot,
Furchtlos und Treu bis zum Tod!

Herzlichen Dank für treues Gedenken!
Mit deutschem Sängergruß
Unterverband Bochum,
Westfälischer Sängerbund.

Die Einheitsfront der technischen Grubenbeamten des Ruhrreviers.

Die technischen Grubenbeamten des gesamten Ruhrreviers haben ohne jede Ausnahme durch Unterschriften mit den Belegschaften des Ruhrreviers in dem Abwehrkampf auf den Gruben sich solidarisch erklärt. **Falls irgendeine Grube besetzt oder Verhaftungen von Grubenbeamten der Zeche erfolgen sollten, werden die technischen Grubenbeamten die Arbeit einstellen.**

Der Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands

hielt in den letzten vier Tagen im ganzen Ruhrrevier eine Reihe großer Bezirkskonferenzen und weit über 40 Zahlstellenversammlungen, in denen die Lage des Ruhrreviers behandelt wurde. Alle Versammlungen waren äußerst stark besucht, ihr Verlauf kennzeichnete so recht die große Erbitterung in der gesamten Ruhrbergarbeiterschaft über den Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrrevier und die Gewaltmaßnahmen der letzten Wochen. In allen Versammlungen kam es zu lebhaften Kundgebungen für die Haltung des Vorstandes in der Besetzungsfrage. Geschlossen stellten sich alle Teilnehmer hinter die Leitung des Gewerkvereins. Besondern Dank erhielt der Führer des Gewerkvereins Abg. Imbusch für seine kernige Vertretung der Bergarbeiterinteressen vor der Besatzungsbehörde und seine mutige Sprache in den Düsseldorfer Besprechungen. In dem Abwehrkampf gegen die französischen Machtziele im Ruhrbezirk stehe die gesamte Ruhrbergarbeiterschaft einig da.

* **Persönliches.** Polizeirat Augustini, welcher der hiesigen Polizeidirektion seit 1. Juli 1915 angehörte und dort das Amt des Leiters der landespolizeilich-politischen Abteilung und in den letzten Jahren das des ständigen Vertreters des Polizeipräsidenten bekleidete, ist auf seinen Antrag nach Beuthen (Oberschlesien) versetzt, woselbst ihm unter Beförderung zum Regierungsrat die Leitung des neu zu verstaatlichenden Polizeiamts übertragen wird. Herr Augustini war seit dem 1. März 1922 bis jetzt mit der Einrichtung und Leitung des staatlichen Polizeiamts für Gladbeck und Horst-Emscher mit dem Sitz in Gladbeck beauftragt.

* **Der Bochumer Stadtverordnetenvorsteher** richtete an den Ortskommandanten der Bochumer französischen Truppe folgendes Schreiben: Als Stadtverordnetenvorsteher und im ausdrücklichen Auftrage der vereinigten Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung lege ich auf das Entschiedenste Verwahrung dagegen ein, daß die Räume des Rathauses, die den Sitzungen der Ausschüsse dienen, und die zur Benutzung unseres Sitzungssaales erforderlich sind, von der Besatzung belegt sind. Dadurch ist die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte der Stadtverordnetenversammlung schon bisher über 8 Tage und für die Folge in Frage gestellt. Die unverzügliche Räumung der belegten Zimmer ist dringend notwendig, damit die Stadtverordneten frei und unbehindert ihre Sitzung auch schon am Freitag abhalten können.

△ **Milchversorgung.** Die zur Zeit eingehenden Milchmengen sind zu gering, um eine ausreichende Versorgung der Einwohner durchführen zu können. Kinder bis zu 3 Jahren, vor allem aber die Säuglinge, müssen in erster Linie beliefert werden. Nach Möglichkeit werden auch hoffende Frauen und Schwerkranke vorzugsweise berücksichtigt. Die Milchhändler sind angewiesen und auch selbst darauf bedacht, durch eine gerechte Verteilung die Bevölkerung zufrieden zu stellen, können aber in Anbetracht der ihnen zur Abgabe zugeteilten knappen Milchmengen nicht allen Ansprüchen gerecht werden. Die Bevölkerung wird gebeten, hierauf Rücksicht zu nehmen und nicht das Fehlen des guten Willens beim Milchhändler vorauszusetzen, dem die Möglichkeit einer stärkeren Belieferung zur Zeit nicht gegeben ist.

⊙ **Kellerbrand.** In dem Hause der Weingroßhandlung von H. C. Sievers an der Friedrichstr. brach gestern vormittag 11½ Uhr ein Kellerbrand aus. Nach ½stündiger Tätigkeit konnte die herbeigerufene städtische Brandwache wieder abrücken.

Weg mit den „Jazzbands"!

In der Frankf. Ztg. schreibt Dr. J. H.: Während die Presse vergeblich gegen die schwarze Schmach am Rhein protestiert und die Zeitung meldet, daß auch noch farbige Truppen für das schwergeprüfte Ruhrgebiet im Anrollen sind, tanzt man in Deutschland immer noch gedankenlos Niggertänze nach kitschiger „Salonneger-Musik" und nach dem läppischen Getue sogenannter „Jazzbands". Dies geschieht nicht nur gelegentlich, sondern immer und überall, gewohnheitsmäßig, von alt und jung, vom Lebemann und Spießer, tags und nachts, in der Stadt und beim Wintersport, in der Diele und im Salon — endlos. Es ist so weit gekommen, daß gute Musiker die Walzer unserer besten Meister, Opernmelodien und sogar Sätze aus klassischen Stücken in Tanzlokalen im Rhythmus des Negertanzes, und dadurch bis zur Unförmlichkeit verzerrt, spielen. Sie müssen sich offenbar der „Konjunktur" unterwerfen und der weißen Kultur das Material für ihre schwarzen Tänze liefern. Die weiße Rasse ist völlig von diesem Niggertum verseucht. Selbst der Amerikaner hält es nicht unter seiner Würde, die Verrenkungen derselben Neger nachzuäffen, die er sonst verachtet. Wir Deutsche können die schwarze Schmach am Rhein vorerst nicht abschütteln. Auch unsere flammenden Proteste an die übrige Kulturwelt bleiben vergeblich. Umsomehr sollten wir die schwarze Tanzschmach bekämpfen. Das wenigstens steht in unserer Macht. Diese „schwarze Schmach" können wir abschütteln. Wenn wir uns gegen die Farbigen und gegen ihre Sitten wehren, dann dürfen wir auch ihre Musik und ihren Tanz, die doch den unmittelbarsten Ausdruck der seelischen und körperlichen Veranlagung einer bestimmten Rasse bilden, nicht derart bei uns aufnehmen, daß die uns eigene Anlage verdrängt wird. Heute blüht der Niggertanz und Wien, die Wiege des Walzers, muß sterben.

Wir bringen diese Ausführungen zum Abdruck, weil auch in Bochum der „Jazzband"-Unfug in Blüte steht. In heutiger Zeit haben deutsche Bürger wirklich besseres zu tun, als sich nach Niggerweisen im Tanze zu winden. Wenn heute unbedingt mal getanzt werden muß, so greife man zum deutschen Walzer — die Niggertänze aber überlasse man den Negern.

Aus dem Landkreise Bochum.

Langendreer, 24. Jan. Der Reichspräsident überwies den Angehörigen des ermordeten Krankenpflegers Kowalski als erste Hilfe den Betrag von 199 999 Mark.

Gerthe, 24. Jan. Der in Gerthe, In der Wanne Nr. 24 wohnhafte Bergmann Joh. Gronek beabsichtigt, mit seiner Familie nach Frankreich auszuwandern.

Aus den Provinzen.

* **Horst,** 24. Jan. Ehrlicher Finder. Ein Bauunternehmer aus Horst verlor dieser Tage auf der Fahrt von Bottrop nach Horst in der Straßenbahn eine Aktentasche mit 1 Million Mark an Geld und Akten im Werte von annähernd 90 Millionen. (Es handelte sich um Akten über ein größeres Bauprojekt.) Er hatte die Tasche im Wagen liegen lassen und glaubte schon, daß damit die Werte für ihn endgültig verloren waren. Jedoch am folgenden Tage meldete sich bei ihm ein Straßenbahnschaffner, der die Mappe gefunden hatte. Voller Freude über diese Ehrlichkeit belohnte der Bauunternehmer den Beamten mit 50 000 Mark.

* **Duisburg,** 24. Jan. Das Autoreifenlager im Walde. Einen merkwürdigen Fund machten mehrere junge Burschen im Walde in der Nähe der Lotharstraße. Die Jungen, die auf dem dort befindlichen Platze spielten, durchstöberten das Gesträuch und fanden dort ein regelrechtes Autogummilager. Drei neue Autodecken und zwei Schläuche im Werte von vielen Hunderttausend Mark zerrten sie aus dem Gebüsch hervor. Die Sachen wurden unter Halloh zur Kriminalpolizei gebracht, wo festgestellt wurde, daß die Gegenstände aus einem Diebstahl herrühren. Der Dieb hatte sich unsicher gefühlt und die Sachen aus seinem Hause in den Wald geschafft, wo er sie später abholen wollte. Unter den Jungen hat sich ein großer Streit um die Verteilung des ihnen gesetzlich zustehenden Finderlohnes erhoben, der bei dem hohen Wert der gefundenen Sachen nicht unerheblich sein wird.

* **Elberfeld,** 24. Jan. Bedrohter Beamter. Gestern abend wurde ein Oberwachtmeister der Schutzpolizei von einer Frau gebeten, sie gegen die Belästigungen eines sie verfolgenden Mannes in Schutz zu nehmen. Als der Beamte dieser Aufforderung nachkam, gab der Mann einen Pfiff ab, auf den aus den umliegenden Häusern etwa 15 Leute herbeieilten, die eine drohende Haltung gegen den Beamten einnahmen. Nachdem der Beamte einen Warnungspfiff abgegeben hatte, schoß er scharf und verletzte einen Schlosser namens Schumacher tödlich.

Vermischtes.

„Der Untergang von Atlantis" ist das Thema, über das Max Valier im neuesten Heft der Gar-

Reichhaltiges Lager. Karl Schröder, ottstr. 29. Fernr. 43

Geldschrank verkaufen. Angebote ter N. 4 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung

Fahrrad zu verkaufen. Karolinenstr 93.

Persianer-Kragen, 1,60 m lang, und Muff preiswert zu verkaufen Bier, Hernerstr. 91.

Möbel Wilh. Schrudde Bochum, Roonstr. 37. Nähe der Marienstraße.

Neue Küchen und Schlafzimmer noch preiswert zu verkaufen. Bochum, Alleestraße 9 Nähe der Wittenerstr.



Leih-Bibliothek Günstige Bedingungen Siepmann, Friedrichstraße 26.

Kaufgesuche

Alt-Gold, -Silber, Platin Reeller Ankauf zu jeweil. Tagespreis Paul Schrader Goldschmiedemeister ABC-Straße 15 Ecke Humboldtstr.

Für Alt-Gold, -Silber, -Platin, Brillanten, getragene Uhren zahle höchste Tagespreise Fr. Alb. Pfeifer gen. Bilke, Hamme, Dorstenerstraße 185

Alt Gold, -Silber, (kein deutsches Silbergeld) Brillanten, Alt Platin kauft ständig Gust. Arbeiter Goldschmied. ABC-Straße 13.

Höchster Tageskurs Alt-Gold, Alt-Silber, Platin, Brillanten. Reeller Einkauf Langen, Goldschmiedemeister, Humboldtstr. 7.

Adalises Ehe

Roman von A. Hruschka.

Copyrigh 1920 by Greiner u. Comp., Berlin W. 30. Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

28

„So? Nun, dann werde ich nachher gleich Hofdienst bei ihr antreten!" gab er unbekümmert lächelnd zurück. „Aber du mußt doch begreifen, daß Mara, die nahezu fremd hier ist, meine erste Aufmerksamkeit beanspruchen kann! Wen muß ich denn übrigens zu Tisch führen? Ich vergaß ganz dich danach zu fragen."

„Die Exzellenz von Kuppach."

„So? Schade! Wer führt Mara?"

„Manfred. Er bat mich eigens darum."

Adalise selbst wurde vom Grafen Andermatt zu Tisch geführt. Aber sie hatte es so eingerichtet, daß ihr Nachbar zur Rechten Prinz Löwenkreuz war.

Nun fiel es Adalise auch auf, daß Löwenkreuz heute weniger lebhaft war als sonst und sich offenbar gewaltsam zwang, heiter zu erscheinen. Auch war ihr schon bei seinem Kommen aufgefallen, daß er gegen Leo etwas Gezwungenes im Benehmen hatte, während dieser ihm besonders kühl begegnete.

Das beunruhigte sie. Sollte Leo etwas von ihren gemeinsamen Spazierritten erfahren und sich erlaubt haben, Löwenkreuz gegenüber eine Bemerkung zu machen? Es wäre ja wahnsinnig taktlos, dachte sie, aber wer weiß? Irgend etwas haben sie gegeneinander . . . und was sollte es sonst sein?

Nach Tisch schlugen ein paar junge Mädchen vor, zu tanzen, und ein Herr erbot sich, als Klavierspieler zu dienen.

Während der Musiksalon von den Dienern rasch in einen Tanzraum verwandelt wurde, vermißte Adalise plötzlich ihren Mann. Ein rascher Blick durch den Raum überzeugte sie, daß auch Mara nirgends zu sehen war.

Aerger und Unruhe beherrschten sie so, daß sie im Augenblick beschloß, selbst nachzusehen, wo die beiden geblieben waren. Scheinbar absichtslos ging sie langsam von Zimmer zu Zimmer bis zum letzten Raum, — Leos Privatkontor. Das war heute gleichfalls Gesellschaftszwecken dienstbar gemacht, indem man es nach Entfernung der Bureaumöbel durch Blattpflanzengruppen, Teppiche und Polstermöbel zu einem gemütlichen Plauderwinkel umgestaltet hatte.

Schon beim Näherkommen schlugen Stimmen an ihr Ohr. Dann vernahm sie, wie ihr Mann mit eiskalter Höflichkeit sagte: „Ich bedaure, Durchlaucht, es ist mir leider ganz unmöglich, Ihren Wünschen entgegenzukommen."

Betroffen blieb Adalise stehen. Der Prinz und er?

„Auch nicht", hörte sie nun Löwenkreuz sagen, „wenn ich Sie darum bitte, Herr Gottulan, als um einen Freundschaftsbeweis!"

Leos Stimme wurde noch kälter.

„Auch dann nicht, Durchlaucht, denn hier kommen viel höhere Interessen in Frage, als eine bloße Liebhaberei! Sonst würde ich Ihnen ja gern gefällig sein."

Im nächsten Augenblick traten beide Herren aus dem Kontor. Löwenkreuz sah bleich und verstimmt aus. Gottulan aber sagte, Adalise erblickend, völlig unbefangen: „Ah, da bist du ja, Adalise! Ich wollte eben mit Sr. Durchlaucht zu dir, damit deine weibliche Liebenswürdigkeit wieder gut macht, was ich als hartgesottener Geschäftsmann verbrach. Durchlaucht, ich hoffe, Sie werden in Gesellschaft meiner Frau den kleinen Aerger bald vergessen haben!"

Sich verbeugend entfernte er sich. Adalise nahm zögernd den ihr gebotenen Arm des Prinzen.

„Was haben Sie mit meinem Mann gehabt, Durchlaucht?" fragte sie unruhig.

„Ach, eine leidige Geschäftssache, die mir aber recht nahe geht. Sie wissen doch wahrscheinlich, daß er den Siebensteiner Wald kaufte, in dessen Mitte Mairingen liegt?"

„Nein. Ich sagte Ihnen schon einmal, daß ich mich um meines Mannes Geschäfte nicht bekümmere. Was ist's mit dem Wald? Gehört er denn Ihnen, das heißt zu Mairingen?"

„Leider nicht. Zu Mairingen gehören nur ein paar Dutzend Joch im Umkreis. Der ganze andere Wald gehörte der Gemeinde Siebenstein, von der die jeweiligen Besitzer Mairingens seit fast einem Jahrhundert die Jagd in Pacht hatten. Nun gingen schon im vorigen Sommer Gerüchte um, die Siebensteiner, die Geld brauchen und auch anderwärts großen Waldbesitz haben, wollten einen Teil davon verkaufen. Wir legten anfangs nicht viel Gewicht darauf, doch meinte mein Vater dann, es wäre vielleicht doch gut, wenn ich der Gemeinde Mairingen ein Angebot für den Mairinger Wald machte. Dies tat ich im September des Vorjahres. Als Antwort kam die Mitteilung, der Wald sei soeben an Herrn Gottulan verkauft worden!"

„Oh! Ohne daß Sie vorher davon verständigt wurden?"

„Ohne jede Verständigung. Natürlich wurde uns gleichzeitig die Jagd gekündigt. Ich wandte mich sofort an Ihren Herrn Gemahl um Aufklärung."

„Und was sagte er?"

„Er schrieb, daß der Kauf richtig sei, er aber vorläufig nur einen kleinen Teil des Waldes schlagen lassen wolle und auf das Jagdrecht überhaupt nicht reflektiere. Da es für ihn wertlos sei, stünde es uns ohne Pacht weiterhin zur Verfügung, solange wir es eben ausnützen wollten und könnten. Dadurch war ich natürlich — besonders als Freund Ihres Hauses — in eine recht peinliche Lage versetzt. Einerseits wurde mir ein Geschenk geboten, das ich nicht annehmen wollte, andererseits haben wir doch nicht erreicht, was wir anstrebten.

Ich ließ die Sache also zunächst ruhen, fuhr nicht nach Mairingen und tröstete mich damit, daß Herr Gottulan ja vorläufig nicht mit dem Schlag des Waldes anfangen würde, dessen spätere Erwerbung ich sicher erhoffte."

„Das war jedenfalls das beste!"

„Nein. Denn der Mairinger Förster, der in seiner Schreibfaulheit die Sache leider viel zu lang hinausschob, teilte mir kürzlich erst mit, daß ein Heer von Holzschlägern sich im Mairinger Wald festgesetzt habe, daß den ganzen Winter hindurch geschlagen und gebaut wurde und sich der neue Schlag immer tiefer in den Wald hineinfresse. Dadurch wird natürlich das Wild beunruhigt, versprengt und nicht nur die Jagd, sondern ganz Mairingen für uns wertlos. Es ist heute eine Notwendigkeit für uns, den Wald vor weiterer Zerstörung zu retten, indem wir ihn um jeden Preis an uns bringen."

„Und mein Mann will ihn nicht hergeben?"

„Nein. Durchaus nicht. Wir verhandeln darüber schon seit zwei Monaten. Heute entschloß ich mich, ihn persönlich zu bitten — leider war auch das vergebens. Da er selbst kein Jäger ist, fehlt ihm leider das Verständnis für die Wichtigkeit dieser Sache von unserem Standpunkt aus. Gnädige Frau . . ." er hielt inne, fuhr aber dann entschlossen mit einem bittenden Blick in ihre schönen Augen fort: „Könnten Sie nicht ein gutes Wort für mich einlegen? Sie — mit Ihrem lebhaften Gefühl für Sport verstehen ja gewiß, wie unendlich viel mir daran liegt, Mairingen nicht zu verlieren! Und verloren — völlig wertlos wäre es mir ohne Jagd, nicht wahr, das sehen Sie ein?"

„Ja . . . das sehe ich ein."

Adalise blickte finster vor sich hin, während langsam eine dunkle Röte ihr Gesicht überzog. Da war er ja wieder, der Unterschied, der sie unausgesetzt innerlich quälte: der Unterschied zwischen Geschäftsmann und Kavalier. Ein Kavalier hätte begriffen und wäre dem anderen entgegengekommen, schon aus Ritterlichkeit. Was lag denn schließlich an einem Stück Wald? Man konnte doch anderswo Wald kaufen! Aber solche Empfindungen waren Leo eben böhmische Dörfer . .

„Darf ich hoffen, gnädigste Frau . . ."

Adalise schrak aus ihren Gedanken auf und wurde noch röter.

„Ich möchte es ja so gerne tun, Durchlaucht! Sie tun mir so leid! Aber . . . ich habe in Geschäftssachen leider gar keinen Einfluß auf meinen Mann. Es wäre ganz vergebens, wollte ich auch alle meine Beredsamkeit zu Ihren Gunsten aufbieten!"

(Fortsetzung folgt.)

tenlaube interessante Aufschlüsse gibt. Bis vor nicht allzu langer Zeit wurde die Kunde von dieser großen Insel, die das Meer verschlungen hat, von der Wissenschaft als Mythe hingestellt. Daß sie wirklich existierte, ist nun aber von den verschiedensten Expeditionen einwandfrei festgestellt. Unter den Darstellungen des Atlantis-Problems ist am fesselndsten wohl diejenige des Ingenieurs Hörbiger. Er bringt die Vorgänge, die sich in Urzeiten auf unserm Weltenball abspielten, mit dem Mond in Zusammenhang. Daß der Mond bestimmte Anziehungskräfte ausübt, dessen wissenschaftliche Erklärung hier zu weit führen würde, und die sich jetzt in den Gezeiten der Meere (Flut und Ebbe) äußern, dürfte wohl allgemein bekannt sein. Könnten sich diese Kräfte voll entfalten, so würden sie die Erdkugel zum Ei umformen. Da die Erde sich jedoch zu rasch um ihre eigene Achse dreht, die Erdkruste überdies zu unnachgiebig ist, kann nur das flüssige Wasser dem Zuge der Mondkraft folgen. Die Gesamtwassermenge der Erde wird von ihr im großen und ganzen mehr gegen den Aequator hingezogen. Wäre der Mond plötzlich nicht mehr da, so müßten sich unsere Ozeane sämtlich mehr nach den Polen zu verlagern. Die Wasserspiegel würden am Aequator um rund 100 Meter fallen, an den Polen dagegen um 1600—1800 Meter steigen. Somit müßte zwischen Afrika und Amerika ein gewaltiges Land auftauchen, eine gigantische Insel, deren höchste Bergspitzen heute die Azoren sind, die Fläche die untermeerische Hochebene. Hörbiger legt seiner Theorie zu Grunde, daß der Mond zu Urzeiten kein Trabant der Erde war, was durch zahlreiche Sagen von Urvölkern auch bezeugt wird. Durch Ereignisse im Weltenraume wurde der Mond nach und nach in seine jetzige Bahn gezogen. Damit setzte seine Wirkung auf unseren Heimatstern ein, die Ozeane würden äquatorwärts gerissen und die Insel Atlantis fand dabei in einer Schreckensnacht ihren Untergang.

Trotzki gegen Spengler. Auf einer Sitzung der kommunistischen Fraktion des 10. Sowjetkongresses hat Trotzki über die internationale Arbeiterbewegung gesprochen. Er ging davon aus, daß seit dem Weltkriege der Kapitalismus angeblich einen weiteren Fortschritt hindere. Die revolutionäre Bewegung Europas scheine nach derselben Kurve zu laufen wie die Rußlands. In Rußland erreichte sie 1905 einen Höhepunkt, fiel dann im Verlaufe von acht Jahren der Reaktion und erreichte 1916 wieder einen Höhepunkt. Europa erlebte in den Jahren 1918, 1919 die erste revolutionäre Welle und befinde sich jetzt in der Zeit der Reaktion. Sollte sich aber auch in Europa die Reaktion länger hinziehen und eine „Periode der Fäulnis" eintreten, so würde die Philosophie Spenglers, der den Niedergang des bourgiosen Westens vorausgeahnt hat, nur scheinbar Recht behalten. „Wir brauchen uns," sagte Trotzki, „dem Pessimismus nicht hinzugeben; wir sind nur nicht in der Lage, den Zeitpunkt der Revolution und des kommenden Aufschwungs anzugeben".

Ein Bildwerk der Steinzeit gefunden. Die Statuette einer Frau, deren Alter auf 20 000 bis 60 000 Jahre geschätzt wird, ist in einer Grotte bei Perpugne in dem französischen Departement Haute-Garonne gefunden worden. Wie Saint-Perier in der Pariser Akademie der Inschriften und schönen Künste mitteilte, handelt es sich bei dieser sechs Zoll hohen Figur um eine Arbeit der Steinzeit. Es ist das Bildwerk einer Frau, das mit großer Geschicklichkeit aus dem Elfenbein eines Mammuthauers geschnitten ist.

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar am 24. Jan. 21745 Mark.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 23. „ 19950 „

Rheinisch-Westfälischer Devisenmarkt.

p. Die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel lagen gestern in den Nachmittagsstunden eine Kleinigkeit fester. Genannt wurden: **Holland 8450 bis 8500, Brüssel 1225—1275, Frankreich 1350 bis 1400, Dollar 21 000—21 500, England 99 000 bis 101 000.**

* **Vom Deutschen Stahlbund.** Der gemeinschaftliche Richtpreisausschuß des Deutschen Stahlbundes erhöhte den Thomasstabeisengrundpreis von 406 000 auf 576 000 Mark. Die Erhöhung beträgt 41,88 Proz. des bisherigen Preises. Um den gleichen Prozentsatz wurden die Preise für die Richtpreissorten erhöht. Die Erhöhung wurde in erster Linie infolge der gewaltigen Markverschlechterung und der dadurch bedingten Verteuerung der ausländischen Rohstoffe notwendig. Es wurde der Durchschnittskurs der letzten Wochen dem bei der letzten Kreisregelung angesetzten Kurze gegenüber und der Unterschied in Rechnung gestellt. Außerdem wurden Verteuerungen der inländischen Erze, Betriebsmaterialien und Löhne berücksichtigt. Der Werkspreis für Lieferung in Siemens-Martin-Handelsgüte wurde von 35 000 auf Mark 100 000 für Stabeisen und für die übrigen Richtpreise entsprechend erhöht. Auf Grund vorstehender Beschlüsse gelten ab 24. Januar 1923 die folgenden Richtpreise (Werksgrundpreise) für je 1000 Kg. mit bekannter Frachtgrundlage: Rohblöcke 417 000 Thomashandelsgüte, 497 900 Siemens-Martin-Handelsgüte, Vorblöcke 464 200 bezw. 555 300, Knüppel 492 700 bezw. 589 800, Platinen 506 900 bezw. 606 900, Formeisen 570 900 bezw. 668 900, Stabeisen 576 000 bezw. 676 000, Universaleisen 623 700 bezw. 732 800, Bandeisen 691 000 bezw. 800 100, Walzdraht 615 500 bezw. 722 400, Grobbleche 5 mm. und darunter 649 700 bezw. 765 700, Mittelbleche 3 bis unter 5 mm. 730 500 bezw. 849 400, Feinbleche 1 bis unter 3 mm. 832 400 bezw. 951 300, Feinbleche unter 1 mm. 898 000 bezw. 1006 000.

* **Preiserhöhungen.** Der Verein Deutscher Eisengießereien, Gießereiverband, Sitz Düsseldorf, hat die bestehenden Gußeisenpreise für Lieferungen ab 24. Januar 1923 bis auf weiteres um 45 Proz. erhöht. — Die Preise für gußeiserne Druckmuffenrohre, Flanschenrohre, Formstücke und Vorwärmerohre sind um 40 Proz. erhöht worden. — Die Vereinigung Deutscher Eisenofen-Fabrikanten erhöhte den Teuerungszuschlag für amerikanische Oefen auf 18 900 v. H., für irische Bierkantgußöfen auf 19 900 v. H. und für Blechmantelrohröfen auf 21 900 v. H. — Die Vereinigung Deutscher Kesselöfen-Fabrikanten erhöhte den Teuerungszuschlag auf 365 v. H. — Die Spülkasten-Gießerei-Vereinigung erhöhte den Teuerungszuschlag für Rohguß auf 1980 v. H. und für emaillierten Guß auf 2150 v. H. — Die Dachfenster-Verkaufs-Vereinigung und die Vereinigung westdeutscher Topfgußfabrikanten erhöhten die Preise um 45 vom Hundert.

* **Die Berechnung des Eisens** soll der Einfachheit halber nach dem Beschluß des Roheisenausschusses des Eisenwirtschaftsbundes für die ganze zweite Monatshälfte zu den Durchschnittspreisen von 334 800 Mk. für Hämatit und europäisches Stahleisen, 333 000 Mk. für Gießerei-Roheisen I, 332 600 Mk. für Gießerei-Roheisen III, 322 600 Mk. für Gießerei-Roheisen, Luxemburger Qualität, 314 900 Mk. für Siegerländer Stahleisen, 354 100 Mk. für Spiegeleisen erfolgen.

Berliner Börsenkurse.

vom 24. Januar 1923.

	22. 1.	24. 1.		22. 1.	24. 1.
Bankaktien			Elberf. Farben	13500.	20000.
Barmer Banky	— —	6000.	Eschw. Bergw	42000.	49000.
Com.u.Privatb.	7600.	7700.	Essener Steink.	48000.	47900.
Darmst. Bank	10500.	10600.	Flensb.Schiffsb	— —	30000.
Deutsche Bank	18500.	19000.	Gasmot. Deutz	21000.	26500.
Disconto-Ges.	10900.	11500.	Gels. Bergw.	61500.	54000.
Dresdner Bank	9800.	9800	Gels Gußstahl	16500.	19200.
Ess.Cred.Anst.	6800.	6750.	Glas Schalke	79000.	80000.
Reichsbank	8000.	8250.	Goldschmidt	22500.	22500.
Brauereiaktien			Harp. Bergw	12000.	11500
Boch. Viktoria	— —	8000.	Hasp. Eis. u. St.	35000.	40000.
Dortm. Aktien	10600.	10800.	Heckmann C.	50000.	62000.
Dortm. Union	— —	9500.	Hirsch Kupfer	26500.	38000.
MüserLangend	8100.	— —	Hohenlohe	22000.	24300.
Schleg.Schorp.	6500.	— —	Howaldswerke	14000.	16000.
Schiffahrtsaktien			Höchst Farben	15900.	19000.
Hamb.Am.Pak.	29000.	34000.	Hosch Stahlw.	50000.	53000.
Hamb.-Südam.	— —	66000.	Humb. Masch.	18000.	20000.
Nordd. Lloyd	17000.	17100.	Ilse Bergbau	43000.	47000.
Industrieaktien			Kali Aschersl.	50000.	39500.
Adlerwerke	8900.	— —	Kali Westerreg	35000.	38000.
Akkumul. Hag.	28000.	30250.	Köln Neuessen	— —	60000.
Allg.Elekt.Ges.	13100.	— —	Köln-Rottweil.	17000.	18900.
Anglo Guano	66000.	70000.	Küppersbusch	— —	14000.
Annener Guss	18500.	19800.	Lahmeyer&Co.	— —	18000.
Augsb.-Nürnb.	22900.	21000.	Laurahütte	25500.	35000.
Bad. Anilin	18500.	— —	Lothring. Hütte	46000.	46500.
Balcke Masch.	17950.	19500.	Magd. Bergw.	60500.	65000.
Baroper Walz.	24000.	27000.	Mannesmann	37000.	40000.
Bergm. Elektr	16500.	— —	Masch. Baum	16000.	20000.
Boch. Gußstahl	53000.	— —	Mk.-Westf.Bg.	— —	48000.
Braunk. u. Brik.	32000.	32500.	Mülh. Bergw.	60000.	72000.
Buderus Eisen	22000.	29000.	Oberschl. Bed.	30000.	30500.
Busch Lüdensen	17600.	19000.	Orenst. Koppel	30000.	33000.
Caro	23000.	23800.	Phönix Bergw.	51000.	51750.
Chem. Griesh.	18000.	21000.	Reisholz Papier	— —	10000.
Chem. Weiler	16500.	16400.	Rh. Braunk ohle	43300.	43000.
Chem.Ind Gels.	— —	— —	Rh. Stahlwerke	50000.	57000.
Concordia	— —	— —	Rh.-West.Kalk.	22000.	23750.
Cons. Schalke	— —	— —	Riebeck Mont.	61000.	63500.
Daimler Mot.	8850.	8000.	Romb. Hütte	20000.	23100.
D.-Lux. Bergw	55000.	60000.	Rütgerswerke	28750.	32000.
Deutsche Erdöl	65000.	— —	Sarottis Schok	11300.	10800.
Deutsche Kali	40000.	44500.	Siemens Ha sk	50000.	56000.
Deutsch.Masch	— —	— —	Schuckert Co.	45000.	38500.
D. Schachtbau	— —	— —	Schweim.Eisen	— —	16000.
Deutsch. Walf.	— —	84500.	Thale Eisen	— —	— —
DittmannNeun.	— —	— —	Ver. Dtsch. Nick	21000.	25000.
Dürkopp	13900.	13500.	Westfalia Eis.	27000.	— —
Dynamit Nobel	16500.	17700.	Westf. Drahtw.	12000.	13000.
Eintr. Braunk.	37000.	47000.	Westf. Kupfer	— —	16200.
			Wicking Zem.	25000.	22100.
			Witt. Gusstahl	30000.	35000.

* **Der Kurzenverkehr an den westlichen Börsen.** Von einer Korrespondenz wurde die Mitteilung verbreitet, daß aus Gründen der Besetzung des Industriebezirks sich anscheinend eine Verschiebung des Kurzenverkehrs nach Berlin anbahne. Wie wir bei den zuständigen Stellen der Börsen zu Essen und Düsseldorf erfahren, handelt es sich um eine tendenziöse Meldung, die jeder Grundlage entbehrt. Wenn auch die Börse in Düsseldorf am vergangenen Freitag zum Zwecke der Kundgebung als scharfer Protest gegen die Besetzung der dortigen Reichsbank ausgefallen ist, so ist die Montagsbörse in Essen wieder abgehalten worden und hat einen außerordentlich starken Verkehr gezeigt. Außerdem sei bemerkt, daß der Kurzenhandel im Bezirk der westlichen Montanbörsen derartig verankert ist, daß eine Verlegung an einen anderen Platz als vollkommen unmöglich bezeichnet werden muß.

p. **Kölner Börse für Häute und Felle** vom 24. Jan. Die Nachfrage überstieg das Angebot. Es entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft. Amtlich notierten: Großviehhäute 1400—2000, Fresserfelle 1700—2300, Kalbfelle 2500—3300, Schaffelle 700 bis 1000 für ein Pfund; Ziegenfelle 9000—10 000, Roßhäute bis 219 Zentimeter 20 000—30 000, über 220 Zentimeter 45 000—55 000, Fohlenfelle 7000 bis 12 000 Mark das Stück.

p. **Kölner Lederbörse** vom 24. Jan. Bei lebhafter Nachfrage wurden belangreiche Geschäfte getätigt. Es notierten: eichenlohgegerbtes rheinisches Sohlenleder in Hälften 17 000—18 500, Sohlenleder in Hälften 12 500—15 000, Vacheleder 15 000 bis 17 000, in Kernstücken 19 000—21 000, Riemenleder in Kernstücken, kurz geschnitten 20 000 bis 23 000 für ein Kilo; Rindbox, schwarz 4300—5000, farbig 5000—5500, Roßchevreaux, schwarz 3800 bis 4000 für 1 Quadratfuß.

Viehpreise.

Bericht der Preisnotierungskommission zu Bochum vom 22. Januar.

Auftrieb: 90 Stück Großvieh, 108 Kälber, 178 Schweine, 8 Schafe.

Die Marktpreise betrugen pr. 50 Kg. Schlachtgewicht für:

Ochsen und Kühe: Vollfleischige ausgemästete bis zu 7 Jahren (ausgesuchte über Notiz) 220 000—230 000, mäßig genährte jüngere, gut genährte ältere 190 000—215 000, geringere Ochsen und Kühe 140 000—180 000.

Bullen: Vollfleischige ausgemästete Bullen höchsten Schlachtwertes 200 000—210 000, mäßig genährte, junge und ältere Bullen 180 000 bis 190 000.

Kälber: 1. Qualität (ausgesuchte über Notiz) 200 000, 2. und 3. Qualität 180 000—195 000.

Schweine: Schwere fette Schweine 250 000, vollfleischige Schweine bis zu einem Jahr 240 000 bis 245 000, geringe Schweine und Sauen 200 000 bis 230 000.

Handel: Großvieh still, Kleinvieh lebhaft.

MAGGI's Suppen ersparen Fleisch und Fett

Nur mit Wasser nach Anweisung gekocht, erhält man daraus wohlschmeckende, kräftige Suppen. Viele Sorten wie: Eiernudeln, Eiersternchen, Reis, Ochsenschwanz, Erbs, Erbs mit Speck, Pilz u. s. w. bieten reichliche Abwechslung.
Man achte auf den Namen **MAGGI** und die gelbrote Packung.



Gemeinde Weitmar.

Grundsteuerordnung für die Gemeinde Weitmar.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 24. August 1922 wird gemäß der §§ 23 25 und 27 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 (Ges.-S. 152) für den Bezirk der Gemeinde Weitmar folgende Grundsteuerordnung erlassen:

§ 1.

Von allen im Gemeindebezirke belegenen bebauten und unbebauten Grundstücken, soweit ihnen nicht nach § 24 des Kommunal-Abgaben-Gesetzes vom 14. Juli 1893 Befreiung von der Gemeindesteuer vom Grundbesitz zusteht, wird eine Gemeindegrundsteuer nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung erhoben.

§ 2.

Der Besteuerung wird der gemeine zeitige Wert der steuerpflichtigen Grundstücke zu Grunde gelegt.
Die Grundsteuer beträgt 1 vom Hundert dieses Wertes. Von diesem Steuersatz können bestimmte Vielfache oder bestimmte Bruchteile als Steuer auf Grund eines jährlich vorzunehmenden Gemeindebeschlusses erhoben werden.

§ 3.

Die Feststellung des gemeinen Wertes erfolgt für jedes Steuerjahr durch einen von der Gemeindevertretung zu wählenden besonderen Ausschuß.

§ 4.

Zum Zwecke der Veranlagung ist jeder Eigentümer eines steuerpflichtigen Grundstückes verpflichtet, auf die an ihn gerichtete schriftliche Aufforderung des Gemeindevorstandes bezw. des Steuerausschusses über bestimmte für die Besteuerung erhebliche Tatsachen innerhalb der ihm zu bezeichneten Frist Auskunft zu erteilen. Der Steuerausschuß ist bei der Veranlagung an die Angaben der Steuerpflichtigen nicht gebunden. Wird die Auskunft beanstandet, so sind den Steuerpflichtigen vor der Veranlagung die Gründe der Beanstandung mit dem Anheimstellen mitzuteilen, hierüber binnen einer angemessenen Frist eine weitere Erklärung abzugeben.

§ 5.

Jeder Eigentümer eines steuerpflichtigen Grundstücks hat dem Gemeindevorstand unter Vorlegung der betreffenden Urkunden oder sonstigen Nachweise binnen 4 Wochen nach Eintritt der Veränderung Anzeige zu machen

1. wenn in dem Eigentum des Grundstücks ein Wechsel eintritt;
2. wenn bisher steuerpflichtige Grundstücke in die Klasse der steuerfreien übergehen und umgekehrt;
3. wenn Gebäude neuerstehen oder gänzlich eingehen;
4. wenn besteuerte Hausgrundstücke in ihrer Substanz, insbesondere durch das Aufsetzen oder Abnehmen eines Stockwerkes oder durch das Anbauen oder Abbrechen eines Grundstücksteiles, durch Vergrößerung oder gänzliche oder teilweise Abtrennung dazu gehöriger Hofräume und Gärten, oder besteuerte unbebaute Grundstücke durch Teilung oder Zusammenlegung mit anderen bebauten oder unbebauten verändert werden.

§ 6.

Die nach einer Steuerordnung den Eigentümern der steuerpflichtigen Grundstücke obliegenden Verpflichtungen liegen in gleicher Weise ihren gesetzlichen Vertretern (Vormündern, Pflegern, Vorstehern von Körperschaften, Aktiengesellschaften u.w.) sowie den von den Eigentümern mit der Verwaltung der Grundstücke beauftragten Personen ob.

§ 7.

Die Steuerpflicht oder Steuererhöhung hinsichtlich neuerbauter oder in ihrer Beschaffenheit verbesserter Gebäude (§ 5 Nr. 3 und 4) beginnt nach Ablauf des Kalendervierteljahres, das auf das Vierteljahr fällt, in dem der Neubau bewohnbar oder benutzbar geworden oder die Verbesserung vollendet ist. Im übrigen treten Ermäßigungen oder Erhöhungen der Steuer infolge der im § 5 unter 2, 3 und 4 erwähnten Aenderungen mit dem ersten Tage des auf die Veränderung folgenden Monats in Kraft.
Sind jedoch die in § 5 unter 2, 3 und 4 erwähnten Aenderungen nicht bis zu diesem Tage in der vorgeschriebenen Weise angezeigt, so tritt eine dadurch bedingte Ermäßigung oder Befreiung von der Steuer erst mit dem ersten Tage des auf die Anzeige folgenden Monats in Kraft.
Die hiernach erfolgenden Zugangsveranlagungen erfolgen für den Rest der laufenden Veranlagungsperiode nach den Bestimmungen dieser Steuerordnung.

§ 8.

Für die Gemeindegrundsteuer haftet der Eigentümer des steuerpflichtigen Grundstücks.
Mehrere Miteigentümer desselben Grundstücks haften als Gesamtschuldner.
Die Bestimmung in Absatz 2 findet auch Anwendung, wenn das Eigentum einerseits an Grund und Boden, andererseits an den darauf errichteten Gebäuden verschiedenen Personen zusteht.
Im Falle des Eigentumswechsels haftet außer den neuen der bisherige Eigentümer bis zur Erstattung der im § 5 vorgeschriebenen Anzeige.

§ 9.

Veranlagte Grundsteuerbeträge können in einzelnen Fällen durch den Gemeindevorstand niedergeschlagen werden, wenn deren zwangsweise Beitreibung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet oder wenn das Beitreibungsverfahren voraussichtlich ohne Erfolg sein würde.

§ 10.

Gegen die dem Eigentümer des steuerpflichtigen Grundstücks durch besondere Mitteilung bekannt zu machende Veranlagung steht diesem innerhalb einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Mitteilung beginnenden vierwöchentlichen Frist das Rechtsmittel des Einspruchs bei dem Gemeindevorstand, und gegen dessen Bescheid innerhalb einer mit dem ersten Tage nach erfolgter Zustellung beginnenden zweiwöchigen Frist die Klage bei dem Kreisausschuß offen. Einspruch und Klage haben auf die Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung der veranlagten Steuer keinen Einfluß.

§ 11.

Die Steuer ist in vierteljährlichen Beträgen in der ersten Hälfte des zweiten Monats eines jeden Vierteljahres zu entrichten.

§ 12.

Wer eine ihm gemäß § 4, 5 und 6 obliegende Auskunft oder Anzeige nicht rechtzeitig in der vorgeschriebenen Form erstattet, wird, insofern nach den bestehenden Gesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

§ 13.

Diese Steuerordnung tritt am 1. April 1922 in Kraft.

Weitmar, den 28. August 1922.

Der Amtmann: Roeding. **Der Gemeindevorsteher:** Oberländer.

Genehmigt.

Bochum, den 10. November 1922.

Namens des Kreisausschusses des Landkreises Bochum.
Der Vorsitzende, kom. Landrat: Stühmeyer.

Zur Genehmigung erteile ich für die Dauer eines Jahres meine Zustimmung mit der Maßgabe, daß § 7 Abs. 2 in Fortfall kommt.
Ich behalte mir vor, die zeitliche Beschränkung der Zustimmung vor, Ablauf der Frist auf Antrag aufzuheben oder zu verlängern.

Arnsberg, den 20. November 1922.

Der Regierungspräsident: Im Auftrage: Fulda.

Gemeinde Gerthe.

Höhere Knabenschule Gerthe.

Neuanmeldungen für die hiesige, in Entwickelung begriffene Lehranstalt (Lehrplan der Oberrealschule, ab Untertertia wahlfreier Lateinunterricht), der Ostern ds. Js. die Obertertia angegliedert wird, nimmt die Schulleitung in der Woche vom 29. Januar bis 3. Februar 1923 von 9½ bis 10½ Uhr vormittags in der Anstalt (Hiltrop, Freiligrathstraße) entgegen. Schriftliche Anmeldungen sind ebenfalls bis zum 3. Februar 1923 einzureichen. Vorzuzeigen sind Geburtsschein und Zeugnis.
Die Aufnahmeprüfung findet am Montag, den 26. März 1923, vormittags 8 Uhr, statt.
Das Schulgeld beträgt z. Zt. 600,— Mark für Einheimische und 750,— Mark für Auswärtige.
Anträge auf Gewährung von Freistellen sind gemäß § 3 der Schulgeldordnung vom 12. 8. 1922 bis spätestens 30. April ds. Js. unter Beifügung des letzten Schulzeugnisses und Darlegung der Verhältnisse bei dem Kuratorium der Rektoratschule zu stellen oder auf Zimmer Nr. 2 des Amtshauses zu Protokoll zu geben. Solche Anträge, die nach dem 30. 4. 1923 eingehen, werden nur ausnahmsweise berücksichtigt.

Gerthe, den 22. Januar 1923.

Der Vorsitzende des Kuratoriums der Rektoratschule Gerthe:
Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Diejenigen Eltern, die ihre Kinder zu Beginn des neuen Schuljahres aus den konfessionslosen Sammelklassen wieder in die konfessionelle Schule umschulen wollen, werden hiermit aufgefordert, bis zum 5. Februar ds. Js. eine entsprechende Erklärung abzugeben und zwar:
für Gerthe: im Amtshaus, Zimmer Nr. 3;
für Harpen: in der Verwaltungsstelle daselbst.

Gerthe, den 20. Januar 1923.

Der Amtmann.

Bekanntmachung.

Harpen. Reichsmietengesetz.

Durch Verfügung des Herrn Verbandspräsidenten des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk vom 20. Dezember 1922 sind mit Wirkung vom 1. Januar 1923 folgende Zuschläge zur Grundmiete festgesetzt:
40 % für Zinsensteigerung,
120 % für Verwaltungskosten, und
200 % für laufende Instandsetzungsarbeiten, wobei die Instandsetzungsarbeiten innerhalb der Mieträume vom Mieter getragen werden.
Die unter dem 14. Dezember 1922 für den hiesigen Gemeindebezirk erlassene Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz wird bezüglich der Hundertsätze in Ausführung der obigen Verfügung berichtigt. Die neue Verordnung kann in Abschrift gegen Zahlung von 30 ℳ bezogen werden.

Harpen, den 22. Januar 1923.

Der Gemeinde-Vorsteher: Kannenberg.

Amt Eickel

Gewerbliche Berufsschule.

Die von der Gemeindevertretung in ihrer Sitzung vom 23. Oktober v. Js. beschlossene Ortssatzung für die gewerbliche Berufsschule und den in derselben Sitzung beschlossenen Nachtrag zur Ortssatzung über die Erhebung der Berufsschulbeiträge sind von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden.
Je ein Abdruck der Satzung und des Nachtrages hängt in den Gitterkästen aus; er kann auch im Zimmer 7 des Amtshauses I während der Dienststunden eingesehen werden.

Eickel, den 20. Januar 1923.

Der Amtmann.



Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung und Verpflegung für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN und seine Vertretungen

In Bochum: Aug. Dörpinghaus, Kaiserstraße 26.

Wer Stoff hat
der bringe denselben noch mit zur Anfertigung nach Maß beste Zutaten, Umändern, Reparaturen und Aufbügeln zum billigsten Preis. 8167
Herm. Iffel, Bochum
Dorstener Straße 116.

BemSass
des verwöhntesten Rauchers beste Bezugsquelle!